Angehörigen Info

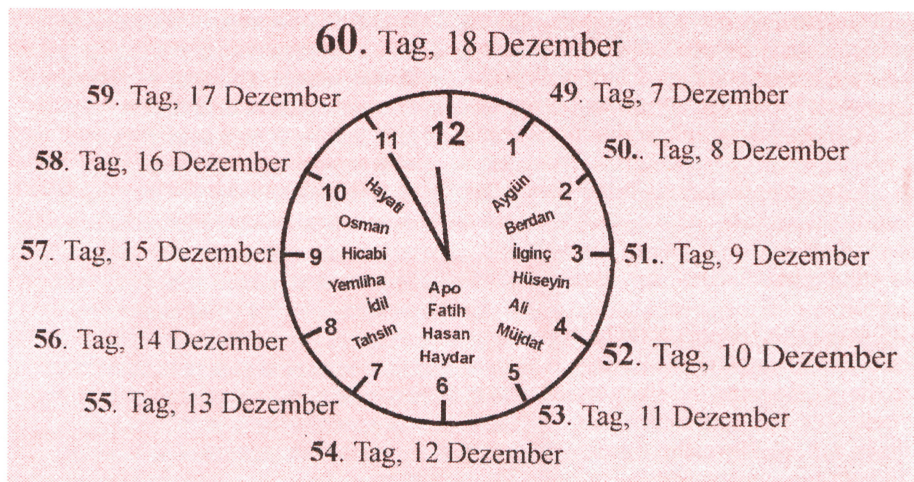
C 10190 16.12.2000 Preis: 3,00 DM 240

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Demagogie statt Verhandlungsbereitschaft

Türkische Regierung redet von Amnestie und meint Einführung der Isolationshaft

Wer am vergangenen Wochenende die Gelegenheit hatte, Nachrichten in den türkischen TV-Kanälen zu empfangen, konnte Bilder von Straßenschlachten der Bevölkerung mit uniformierten Sicherheitskräften und Spezialeinheiten der türkischen Armee in nahezu allen kurdischen und türkischen Provinzen sehen. Im Gegensatz dazu scheinen die Berichte aus Seattle im vergangenen Jahr, aus Prag im September dieses Jahres oder aktuell aus Nizza wie Aufnahmen von Sonntagsspaziergängen. Quasi das ganze Land befindet sich derzeit im Widerstand gegen die geplante Einführung der Isolationshaft. Aufgerufen zu den Protestaktionen haben verschiedene Gefangenenorganisationen, der türkische Menschenrechtsverein IHD, die alternative Partei ÖDP, die Partei der Werktätigen, EMEP, die pro-kurdische Partei HADEP und die Gewerkschaft KESK. Hunderttausende folgten diesem Aufruf. Sie wurden konfrontiert mit der bewaffneten Staatsmacht,



Heute, am 14.12., sind von den 203 Todesfastenden 26 Personen an der Grenze zum Tod, 22 an einem „kritischen Punkt" angelangt.

die brutal auf die Demonstrierenden einprügelte. Die Zahl der Verletzten ist momentan noch nicht zu überblicken. Hunderte wurden allein am vergangenen Samstag verhaftet. Trotzdem lassen die Menschen sich nicht einschüchtern und tragen

Stuttgart-Stammheim

Prozess gegen Andrea Klump

Am 28.11. begann in Stuttgart-Stammheim der Prozess gegen Andrea Klump. Sie war im September 1999 in Wien verhaftet worden, ihr Begleiter Horst Meyer nach einem Schusswechsel mit der Polizei dabei erschossen worden. Die Anklage gegen Andrea lautet auf Mitgliedschaft in der RAF und Beteiligung an einem versuchten Sprengstoffanschlag im spanischen Rota. Andrea Klump gab am ersten Tag eine Prozesserklärung ab. Hier ein kurzer Auszug.

Da ich nie in der RAF organisiert war, war ich auch nie beteiligt an deren Diskussionsprozessen; ich war auch nie integriert in deren Strukturen, Planungen, Vorbereitungen, Durchführung ihrer Aktionen; - noch habe ich für die RAF logistische oder andere Hilfeleistungen getätigt.

Deutschland habe ich im Frühjahr 1986 mit der Fahrt nach Norwegen verlassen -



bzw. nach einem erneuten kurzen Zwischenstopp/Aufenthalt ...

Seit diesem Zeitpunkt im Spätsommer 1986 bis zum 23. Dezember 1999 - dem Tag meiner Auslieferung aus Österreich - war ich nie mehr in Deutschland. Auch nicht für kurze Zeit.

Die BAW will sich nicht damit abfinden, dass sie bis heute Anschläge der RAF aus den 80er-Jahren nicht personell zuordnen und noch offene Akten nicht schließen kann.

Um diesem Ziel politisch dennoch näher zu kommen, will die BAW mich wider besseres Wissen als Mitglied der RAF verurteilt sehen.

Die ganze Anklageschrift ist voller unzutreffender Konstruktionen und Spekulationen der Anklagebehörde.

Dagegen werde ich mich mit allen juristischen Mitteln wehren.

Weitere Infos unter:
www.andrea-klump.de
Nächste Prozesstermine:
19.12.2000 09:00 Uhr OLG Stuttgart, Ulrichstr. 10, Saal 1
27.12.2000 09:00 Uhr OLG Stuttgart, Ulrichstr. 10, Saal 1
08.01.2001 09:00 Uhr noch nicht bekannt
16.01.2001 09:00 Uhr noch nicht bekannt
18.01.2001 13:00 Uhr noch nicht bekannt
23.01.2001 09:00 Uhr noch nicht bekannt
25.01.2001 09:00 Uhr noch nicht bekannt

Eilaufruf des IHD-Menschenrechtsvereins Istanbul vom 11.12.

53. Tag des Todesfastens der Gefangenen! Nicht zuschauen! Nicht schweigen! Schweigen bedeutet Mitschuld an den Toten!

Das Todesfasten der 203 politischen Gefangenen gegen die neuen Hochsicherheitsgefängnisse des F-Typ geht heute in den 53. Tag. Ein Teil dieser 203 Gefangenen war bereits 1996 in einem Todesfasten, bei dem 12 Gefangenen starben. Wieder schreiten die Gefangenen in den Gefängnissen, die sie draußen unterstützendenden Familien und Angehörigen Schritt um Schritt in die Richtung des Todes. Und ein großer Teil der Gesellschaft schweigt, schaut zu und will nichts hören...

Schweigen, Wegsehen, Taubstellen... Das ist es, was die Menschen auf der Strasse mitschuldig am Tode macht. Es zu ändern liegt in unseren Händen... Damit wir uns nicht schuldig machen am Tod: Nicht schweigen! Nicht wegsehen -öffnen wir unsere Augen!

Nicht weghören - öffnen wir unsere Ohren! Reagieren wir schnell, handeln wir sofort!

Sagen wir NEIN zuF-Typ Gefängnissen! Wir wollen keine weitere Toten in den Gefängnissen!

Wir rufen euch zur Empfindsamkeit und zu Eilaktionen auf, damit der Tod nicht wieder die Gefängnisse erreicht!

Menschenrechtsverein Istanbul (Insan Haklari Dernegi, Istanbul)

medico international bittet Sie sich bei folgenden Adressen per Fax oder eMail für das Leben der Gefangenen einzusetzen:

Justizminister Hikmet Türk (Adalet Bakanligi, TR-06659 Ankara, Türkiye): Fax (0090) 312 418 5667 eMail: sturk@adalet.gov.tr

Innenminister Sadettin Tantan (Içisleri Bakanligi , TR-06644 Ankara, Türkiye): Fax (0090) 312 4 18 1795

Generaldirektor der Haftanstalten Ali Suat Ertosun: Fax (0090) 312 - 4 14 63 01, eMail: ertosun@adalet.gov.tr

Kopien an:

Herrn Rüstü Yücelem, Büro des Ministerpräsidenten Basbakanlik, 06573 Ankara, Türkei, Beauftragter für Menschenrechtsfragen) Fax: (0090) 312 - 417 0476

Kanzlei der Botschaft der Türkei, Rungestr. 9, 10179 Berlin - (S.E. Tugay Ulucevik), Fax: (030) 275 85 700; (030) 275 90 915; eMail: turk.em.berlin@t-online.de

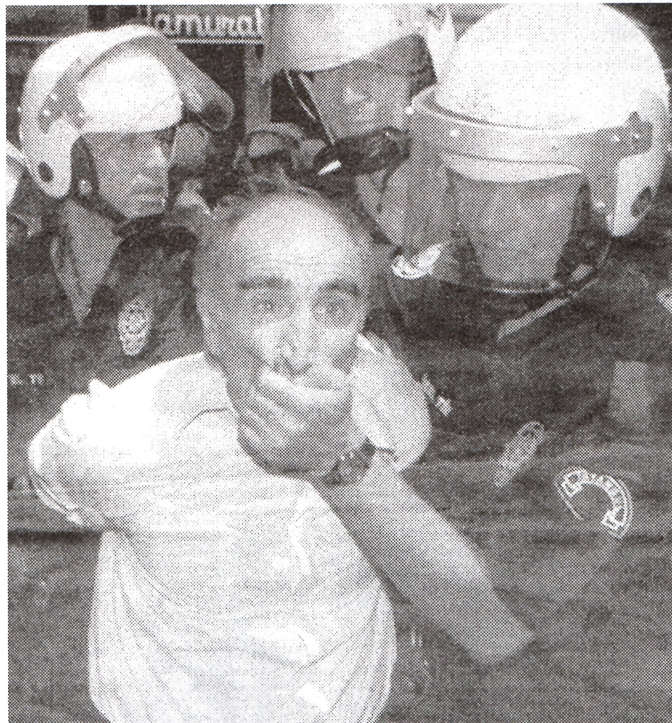
Bitte schicken Sie auch eine Kopie ihres Protestes an:

IHD-Istanbul: Fax (0212) 2514155, eMail ihdist@superonline.com

ihren Protest weiter auf die Straße.

Seit dem 20. Oktober 2000 befinden sich an die tausend politische Gefangene im Hungerstreik, den fast einhundert von ihnen am 19. November in ein Todesfasten umwandelten. Inzwischen sind mehr als zweihundertfünfzig politische Gefangene im Todesfasten. Sie fordern: Keine Einführung von Isolationshaft, die Aufhebung des Anti-Terrorgesetzes, die Schließung der Staatssicherheitsgerichte sowie die Verurteilung der Verantwortlichen für die Massaker in den Knästen Burca, Ümraniye, Diyarbakir, Ulucanlar und Burdur und die sofortige Freilassung aller kranken und verletzten Gefangenen.

Die knapp zehntausend Kriegsgefangenen aus dem kurdischen Befreiungskampf sind mittlerweile aus Solidarität in den Hungerstreik getreten. 63 Intellektuelle haben am vergangenen Wochenende einen zweitägigen Solidaritätshungerstreik im Gebäude der türkischen Schriftstellergewerkschaft durchgeführt. Der Widerstand in den Knästen und die Solidarität draußen setzt die türkische Regierung enorm unter Zugzwang. Eine Verhandlungskommission bestehend aus Prominenten und Intellektuellen verhandelt mit der Regierung über die Aussetzung des Baus der F-Typ-Gefängnisse. Eine Abordnung der Menschenrechtskommission des türkischen Parlamentes besuchte die hungerstreikenden Gefangenen. Unter ihnen Abgeordnete der Regierungspartei von Bülent Ecevit, der DSP, einer islamischen Partei und der Generalstaatsanwalt der Provinz Istanbul.



Am Samstag beriet das türkische Parlament in einer knapp siebenstündigen Sitzung über die aktuelle Situation und über ihr langjähriges Vorhaben, ein Amnestiegesetz zu erlassen. Anschließend teilte Justizminister Samir Türk vor den Medien mit, die Regierung werde zunächst einmal von dem Vorhaben, F-Typ-Gefängnisse zu errichten, Abstand nehmen. Ministerpräsident Bülent Ecevit stellte der Presse das verabschiedete Amnestiegesetz vor. Danach sollen alle Gefangenen auf Bewährung freigelassen werden, die nicht nach § 125, Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, verurteilt wurden, sondern diese nur unterstützt hätten, indem sie beispielsweise Unterschlupf gewährten. Das würde für geschätzt 5-8.000 PKK-Gefangenen und die Hälfte der Gefangenen aus den übrigen linken Organisationen, noch einmal knapp 1.500 Menschen, die Freilassung bedeuten. Insgesamt, so schätzen Menschenrechtsorganisationen, würden etwa 40 - 50.000 Inhaftierte entlassen. Die übrigen können mit einem Straferlass von bis zu zehn Jahren rechnen.

Ob das Gesetz rechtskräftig wird, hängt von der Unterschrift Staatspräsident Ahmet Necdet Sezers ab. Tritt es in Kraft, beschert es nicht nur dem größten Teil der Gefangenen die Freiheit, sondern auch der Regierung die materielle Voraussetzung für die ehrgeizigen Isolationshaftpläne. Während Justizminister Türk versprach, auf die Einführung vorläufig zu verzichten, stellte Ecevit die Unterbringung der Gefangenen „in komfortablen Zwei- und Dreibettzellen" in Aussicht - was nichts anderes heißt, als eine ganz subtile Form der Einführung der Isolationshaft.

Die Gefangenen reagierten entsprechend. In einer Erklärung der Todesfastenden erteilten sie Samir Türk und Bülent Ecevit eine klare Absage. Sie bezichtigten die türkische Regierung der Demagogie und kündigten an, ihren Hungerstreik erst abzubrechen, wenn alle ihre Forderungen erfüllt sind, unter anderem die geplante Einführung der F-Typ-Knäste vom Tisch wäre. Und sie pfeifen auf ein Amnestiegesetz: „Wir revolutionäre Gefangene haben mit einer Amnestie nichts am Hut", heißt es in der gemeinsamen Erklärung der mehr als zweihundertfünfzig Todesfastenden. „Amnestie ist für Schuldige. Unsere einzige Schuld ist, ein System begründen zu wol-

len, in dem Gleichheit und Gerechtigkeit herrscht, ein unabhängiges Land zu wollen, in dem der Ausbeutung durch den Imperialismus ein Ende bereitet wird. Eine Amnestie kann in den Gefängnissen unseres Landes keine Probleme lösen. Denn die Realität in unserem Land zeigt, dass die Gefängnisse, selbst wenn sie heute geleert werden, zwei Tage später erneut gefüllt sein werden."

Justizminister Türk antwortete, die Regierung habe alles getan, was getan werden müsse. Das jetzige Kollektivzellensystem werde auf alle Fälle abgeschafft, über die F-Typ-Gefängnisse müsse eine gesellschaftliche Diskussion geführt werden. Das Amnestiegesetz böte eine große Chance zur Lösung der Probleme, diese müsse jetzt genutzt werden.

„Diese Versprechungen dienen dazu, eine Diskussion zu schüren, wodurch das Amnestiegesetz in den Vordergrund gestellt wird und die F-Typ-Knäste an zweite Stelle rücken", erläuterte ein Mitglied des Hamburger Komitees gegen Isolationshaft (IKM). „Das ist ein Teil der psychologischen Kriegsführung der Machthabenden, damit sollen die Gefangenen auseinanderdividiert und die Solidarität mit ihnen gebrochen werden."

Die Gefangenen brauchen dringend Vitamin B1 Tabletten. Das IKM ruft dazu auf, Geld für die notwendigen Medikamente zu spenden: Postbank Hamburg, Kontonr.: 79966-205, BLZ: 200 100 20, Stichwort: Vitamin B1.

Birgit Gärtner

Cafer Dereli bei Solidaritätshungerstreik von 'Grauen Wölfen' ermordet

(...) Zu den Entwicklungen in der Türkei wurden auch in verschiedenen europäischen Solidaritätshungerstreiks organisiert. Eine davon begann am 29. November 2000 in Rotterdam in Niederlande.

Während die Aktionen in den Medien publik wurden, begannen vor dem Rotterdamer Rathaus provokative Angriffe gegen die Hungerstreikenden im Zelt. Doch jede Provokation wurde von den Hungerstreikenden vereitelt. Die provokativen Angriffe nahmen jedoch kein Ende an. Zuletzt wurde vor dem Zelt bei einem laufenden Konzert von Grup Yorum erneut versucht, Provokationen hervorzurufen. Dieser Versuch wurde auch seitens der Hungerstreikenden besonnen abgewehrt. Am selben Abend, gegen 19.00 Uhr, griff eine Gruppe von 30-40 Personen, die in der Türkei als „Idealisten und Graue Wölfe" bezeichnet werden, die Hungerstreikenden im Zelt an. Dabei



brüllten sie Parolen, wie „DIE IDEALISTISCHE BEWEGUNG KANN NICHT VERHINDERT WERDEN!" Bei diesem Angriff wurde unser Genosse CAFER DERELI, der sich im Soli-Hungerstreik befand, massakriert.

Der Angriff innerhalb einer so kurzen Zeit zeigt, dass er vollkommen organisiert und geplant durchgeführt wurde. Obwohl die holländische Polizei sehr nah beim Hungerstreikzelt war, kam sie erst 3 Stunden, nachdem sich der Vorfall ereignete. Diese Tatsache bestätigt nochmals unsere Behauptung. Der türkische Staat und sein Verlängerungsarm, nämlich die zivil-faschistischen Banden, sind für diesen Mord verantwortlich.

(...) Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte, AntifaschistInnen und alle Personen auf, gegen den niederträchtigen Mord zu protestieren und den Widerstand der Gefangenen im Todesfasten zu unterstützen.

(...)

Solidaritätskomitee mit den Todesfastenden, Niederlande, 10.12.2000

Ort des Hungerstreikzeltes: Coolsingel Stadhuisplein ROTTERDAM

IKM, Komitee gegen Isloationshaft, Kreuzweg 12, 20099 Hamburg, Tel.: 040 - 280 53 625

Weder die Diskussionen über Amnestie noch die Demagogie – „Sie leisten auf Druck der Organisation hin Widerstand" – können den Sieg unseres Todesfasten-Widerstandes verhindern

Unsere am 20. Oktober begonnene Hungerstreikaktion wurde seit dem 19. November in ein Todesfasten umgewandelt. Der Staat, der seine Angriffe vom ersten Tag unseres Widerstandes an geführt hat, setzt diese auch heute gegen unsere Todesfastenaktion fort. Wie auch immer, die seit nunmehr zwei Jahre andauernde Diskussion über „Amnestie" ist erneut zum Thema geworden, nachdem unser Widerstand im ganzen Land auf die Tagesordnung kam. Besonders an den Tagen, an denen unsere Todesfastenaktion beginnt, wird durch Diskussionen über Amnestie versucht, unseren Widerstand von der Tagesordnung zu drängen. Gleichzeitig versucht man das Bild zu schaffen, dass mit der Amnestie alle Probleme in den Gefängnissen gelöst werden. Eine Amnestie kann in den Gefängnissen unseres Landes keinerlei Probleme lösen. Denn die Realität unseres Landes zeigt, dass die Gefängnisse, selbst wenn man sie heute leert, zwei Tage später erneut gefüllt werden. Denn dieses System ist von Grund auf kaputt, und solange dies so ist, wird es auch immer Systemgegner und daher auch politische Gefangene in den Gefängnissen geben. Wiederum sind die Ungerechtigkeit des Systems, die Lage, in dem sich das Volk befindet, das Leben an der Hungergrenze und die Degeneration das Resultat des Systems. Solange dieses Resultat sich nicht ändert, wird es in den Gefängnissen weiterhin soziale Gefangene geben.

Wir revolutionären Gefangenen haben mit „Amnestie" nichts am Hut. Wir haben niemals Amnestie gefordert. Amnestie ist für Schuldige. Unsere einzige Schuld ist die, unser Volk und unser Land zu lieben und ein System begründen zu wollen, in dem Gleichheit und Gerechtigkeit herrschen und in dem das Volk nicht vor Hunger stirbt. Unsere Schuld ist, ein unabhängiges Land zu wollen, in dem der Ausbeutung durch den Imperialismus ein Ende bereitet wird. Im Gegenteil, der Schuldige ist der kollaborierende Repressions-, Ausbeutungs- und Unterdrückungsapparat Staat, der KämpferInnen für die Befreiung und Unabhängigkeit des

In einem schriftlichen Gesuch an das Justizministerium erklärten die politischen Gefangenen, die ihren Hungerstreik in das Todesfasten umgewandelt haben, dass sie jeglichen gegen ihren Willen vorgenommenen medizinischen Eingriff verweigern, solange ihre Forderungen nicht akzeptiert werden. In dem Gesuch heißt es u.a.:

„Unter nachstehenden Forderungen führe ich seit dem 20. Oktober 2000 einen unbefristeten Hungerstreik. Sollte ich im Zuge des Hungerstreiks und Todesfastenwiderstandes mein Bewusstsein verlieren oder nicht mehr in der Lage sein, nach eigenem Willen Entscheidungen zu treffen, lehne ich jeglichen medizinischen Eingriff ab, solange, bis die Forderungen unseres Widerstandes erfüllt werden und unser Widerstand zu einem Resultat kommt. Während ich diesen Text aufsetze, bin ich bei völligem Bewusstsein und in der Lage, mit eigenem Willen zu entscheiden."





Hamburg. Über 200 Menschen demonstrierten am 9.12. unter der Losung „Die Würde des Menschen ist antastbar" (Ulrike Meinhof) ihre Solidarität mit den hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei. Vorausgegangen war eine Woche mit mehreren internationalistischen Veranstaltungen: zu den Verschwundenen in der Türkei – gezeigt wurde der Film „Boran" des Regisseurs Hüseyin Karabey; zur aktuellen Situation in Palästina; zu den Prager Protesten gegen die IWF- und Weltbanktagung, zu Isolationshaft und Todesstrafe am Beispiel BRD, Türkei und USA. Während dieser Veranstaltung wurde im Foyer der HWP eine Ausstellung von Libertad! gegen die Einführung von Isolationshaft in der Türkei gezeigt.

Volkes jeglicher Folter und Tyrannei aussetzt und Massaker für sie angebracht sieht.

Der eigentliche Grund dafür, dass der Staat in dieser Periode die Amnestiediskussionen vorantreibt und die Banden in den Gefängnissen Morde begehen lässt, ist der, unseren Widerstand zu brechen, und der Versuch, Legitimität für seine Angriffe zu schaffen. Deshalb bedient er sich auch jeder Art von Verleumdung und Demagogie. Er plant, eine Amnestie zu erlassen, um aus der Freilassung einer bestimmten Zahl politischer Gefangener und der Verminderung der Anzahl der Gefangenen in den Gefängnissen einen Nutzen ziehen zu können und mittels Operationen in den Gefängnissen in die Isolationsgefängnisse überzuwechseln.

Aber sie irren sich. Das Problem der Gefangenen ist nicht, in die F-Typ-Zellen verlegt zu werden oder nicht. Solange die Zellen des F-Typs nicht geschlossen werden, das Antiterrorgesetz nicht zur Gänze aufgehoben und das Vollzugssystem nicht geändert wird; solange diejenigen, die Massaker in den Gefängnissen verübt haben, nicht verurteilt werden und die Repression in den Gefängnissen ein Ende findet, kurz gesagt: solange die Forderungen unseres Widerstandes nicht erfüllt werden, wird keinerlei Demagogie und Berechnung unseren Widerstand brechen können.

Ob die Gefangenen nun drinnen oder draußen sind, sie werden ihren Widerstand solange fortsetzen, bis die Forderungen ihres Widerstandes erfüllt werden.

Wie bei all unseren Widerstandsaktionen ist auch heute die häufigst angewandte Demagogie des Staates „Organisationsdruck". Der Staat, der unseren Widerstand nicht aufhalten kann, versucht, mit solchen Demagogien das Volk zu beeinflussen und seine Angriffe zu legitimieren. Dass sich ein Mensch freiwillig ins Sterben legt, ist aus der Sicht des Staates unverständlich. Denn sie leben immer nur für sich selbst. Jeder Atemzug dient ihrem eigenen Profit, dem Fortbestehen ihrer Systeme.

Doch wir leben und kämpfen für das Volk. Wir wollen der Repression, Ausbeutung und Unterdrückung, denen unser Volk ausgesetzt ist, ein Ende bereiten. Deshalb führen wir unseren Kampf sowohl im Gefängnis als auch draußen in der Bereitschaft, Opfer zu bringen. Wir sind heute Gefangene. Wir sehen uns heute in den Gefängnissen ein weiteres Mal mit dem Kapitulationszwang des Staates konfrontiert. RevolutionärInnen können, unter welcher Bedingung sie sich auch befinden mögen, niemals Kapitulation akzeptieren. Wir leisten heute in den Gefängnissen ebenfalls Widerstand gegen die Kapitulationspolitiken des Staates. Während der Staat uns in diese Zellen stecken und isolieren, uns vereinsamen lassen und unsere Ideen brechen will, besitzen wir revolutionäre Gefangene unsere Körper als einzige Waffe. Genau, wir setzen unseren Körper dem Hunger und Tod aus. Wir sind nicht wie der Staat mit Waffen, Kano-

Nicht nur in der Türkei, auch in anderen Ländern findet der Kampf der politischen Gefangenen in türkischen Gefängnissen Unterstützung.
So gibt es (Stand: 11.12.) Hungerstreikaktionen in Köln und Stuttgart, London (38. Tag,), Brüssel (37. Tag), weiter in Athen, Saloniki, Genf, Wien, Innsbruck, Rotterdam, Paris (18. Tag).
Aus Protest über die Ermordung von Cafer Dereli und aus Solidarität mit den Todesfastenden haben in Rotterdam über 1000 Menschen demonstriert. In Köln fand am 10.12. ebenfalls eine Demonstration mit anschließendem Konzert von Grup Yorum statt, an der sich ca. 1000 Menschen beteiligt haben.
Knapp 50 Gefangene haben bisher in den Gefängnissen von Deutschland, den Niederlanden und Frankreich Solidaritätshungerstreiks von einem bis zu 20 Tagen durchgeführt.
Bild: Demonstration in Berlin



nen und Gewehren ausgerüstet. Aber wir haben Herzen, die mit der Liebe zum Volk und zur Heimat gefüllt sind. Wir leisten Widerstand mit unserem Herzen und Geist.

Der Staat, der unserer heute andauernden Todesfastenaktion hilflos gegenübersteht, versucht mit der Behauptung: „Sie stehen unter Druck der Organisation", unsere Aktion anzuschwärzen.

Kein Mensch kann unter Zwang sterben. Kein Mensch kann sich unter Zwang für einen langsamen Tod entscheiden. Einen solchen schwierigen Tod in Kauf zu nehmen, erfordert Willenskraft, Glauben und Entschlossenheit. Dies haben wir 1982, 1984 und 1996 mehrmals unter Beweis gestellt. Und unsere TodesfastenkämpferInnen, die heute ihren Körper zum Sterben legen, besitzen diese Willensstärke, diesen Glauben und diese Überzeugung. Um neues Leben zu schaffen und die Repression gegen unser Volk und die Gefangenen zu entschärfen, begrüßen wir den Tod. Keine Kraft kann uns von der Todesfastenaktion abhalten, an der wir aus freiem Willen teilnehmen. Deshalb werden wir nicht entkommen können, ohne irgendeinen Preis zu bezahlen. Wir werden sterben, bis unsere Forderungen erfüllt werden, uns jedoch niemals ergeben.

Wir rufen den Minister Hikmet Sami Türk auf, seine Behauptungen nachzuweisen. Er soll gemeinsam mit der Presse kommen und vor den Augen des Volkes mit allen TodesfastenkämpferInnen einzeln sprechen. Er soll die Antwort auf seine Behauptungen von den TodesfastenkämpferInnen persönlich erhalten. Bis heute haben alle Gefangenen mehrmals an den Staat wie auch an alle von seinen Demagogien beeinflussten Kreise appelliert. Wir haben sie aufgerufen zu kommen und mit den Gefangenen zu sprechen. Aber bis heute ist niemand gekommen, um mit den Gefangenen, die die Ansprechpersonen in Bezug auf diese Behauptungen des Staates sind, zu sprechen und zu fragen, ob sie „von Seiten der Organisation unter Druck gesetzt werden" oder nicht.

Wir rufen heute ein weiteres Mal alle auf, in die Gefängnisse zu kommen. Glaubt nicht an diese Demagogien, die der Staat benutzt, um die Wirkung unseres Widerstandes aufzuheben. Kommt und informiert euch bei den Gefangenen selbst, ob diese Behauptungen stimmen oder nicht. Es sind die Gefangenen, die darauf antworten müssen.

Isolationszellen bedeuten Tod unter Folter. Niemand, der oder die sich als Mensch bezeichnet, für Gerechtigkeit, Würde und Ehre einsteht, kann die Isolationszellen verteidigen. Wir rufen unser ganzes Volk auf, unseren Widerstand zu unterstützen, zu verstärken und für die Erfüllung der Forderungen unseres Widerstandes zu kämpfen, die gleichzeitig seine eigenen Forderungen sind.

Lang lebe unser Todesfastenwiderstand

Die Gefangenen der DHKP-C, TKP (ML) und TKIP aus allen Gefängnissen

Knastkundgebung und Demonstration in Lübeck

Solidarität mit Rainer Dittrich

Zwar waren es nicht viele, der zur Kundgebung für die Freilassung von Rainer Dittrich kamen (siehe letzte Ausgabe des Angehörigen Infos), doch etliche schickten Grußadressen, die verlesen wurden. Wir dokumentieren die Grußadresse von Hans Lebrecht, Journalist aus Israel, sowie Auszüge aus weiteren Solidaritätsadressen.



Liebe Freundinnen und Freunde, Teilnehmer an dieser Kundgebung,
lieber Rainer hinter den Knastmauern in Lübeck,

Ich möchte es nicht versäumen, bei der Gelegenheit dieser Knastkundgebung meiner ausdrücklichen Forderung nach grundsätzlicher Erleichterung der Haftbedingungen für meinen guten Freund und Genossen Rainer Dittrich sowie für seine Entlassung aus der auf Grund einer Rechtsbeugung und eines Justizunrechts langjährigen Haft Ausdruck zu geben.

Ich lernte Rainer vor etwa sechs Jahren durch einen regen Briefwechsel kennen. Bei dem unvergesslichen Besuch bei ihm im Knast im Juli 1996, in Begleitung meiner Lebensgenossin Tosca, lernte ich Rainer persönlich kennen und fand in ihm, trotz der vorangegangenen jahrelangen strengen Isolierhaft, einen aufrechten und politisch aufgeschlossenen Menschen vor. Infolge der auf diesem unseren Besuch von Seiten der Knastleitung erhobenen unverschämt dummen Unterstellungen, welche auf eine Anschuldigung angeblich politischer internationaler Dunkeldrahtzieherei hinauslief, wurde mir klar, dass Rainer tatsächlich, wie er mir dies schon vorher in seinen Briefen klarmachen wollte, ein Opfer antikommunistischer politischer Verfolgung geworden ist.

Angesichts der trotz aller unmenschlichen Schikanen, dem damit verbundenen Entzug einer angemessenen ärztlichen Betreuung und notwendiger Therapien durch Ärzte und Pflegepersonal, die sein Vertrauen genießen, bleibt unser Rainer ein zwar körperlich leidender und geschwächter Mensch, aber dennoch ein geistig reger unermüdlicher Kämpfer für Gerechtigkeit und Menschlichkeit, für Solidarität mit allen anderen politischen Häftlingen und gequälten Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz.

Als ein schon in Hitlerdeutschland der 30er-Jahre des vorigen Jahrhunderts im antifaschistischen Untergrund aktiv gewesener Kämpfer und in Israel seit Jahrzehnten engagierter linker, politisch tätiger Journalist und Friedensaktivist, steht für mich und meine Genossen die Forderung nach einem gerechten und dauerhaften israelisch-palästinensischen Frieden an vorderster Stelle. Ein unabtrennbarer Teil dieses Kampfes ist auch die Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung all der Tausenden, noch in israelischen Kerkern schmachtenden politischen palästinensischen Gefangenen und der libanesischen Geiseln. Daher ist es für mich selbstverständlich, der Forderung nach Freiheit für die politischen Gefangenen in Israel, der Bundesrepublik Deutschland, in der Türkei und Iran, in dem USA-Unrechtstaat, darunter Freiheit für Mumia Abu-Jamal und die vielen zu Unrecht in den Todeskandidatenzellen der USA Kerker schmachtenden politischen Gefangenen, auch Freiheit für unseren Rainer zu fordern.

Genosse Rainer Dittrich, in tiefer Solidarität mit Dir verbunden stehen wir Dir zur Seite. Soll der Ruf „Freiheit für Rainer Dittrich, Freiheit für alle linken politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland und weltweit" laut in die Welt hallen, bis unser Ruf die Peiniger zwingen werde, die Zellen der Gepeinigten zu öffnen.

Hans Lebrecht, Journalist, Israel

„(...) Rainers starke Solidarität mit anderen Gefangenen und ihren Kämpfen nötigt uns große Achtung und Wertschätzung ab. Wir sind seit mehr als 20 Jahren zur Unterstützung von Gefangenen tätig, und Rainers Mut, seiner eigenen unrechtmäßigen Inhaftierung zum Trotz dasselbe zu tun, ist für uns ein Ansporn, diese Arbeit von außerhalb der Gefängnismauern fortzusetzen.

Im Namen von Gerechtigkeit und Barmherzigkeit fordern wir die deutsche Regierung auf, Rainer Dittrich freizulassen, damit er die medizinische Versorgung erhalten kann, die er so dringend benötigt. Für den Fall, dass die Regierung nicht bereit ist, ihn freizulassen, verlangen wir, dass er von seinen eigenen Ärzten am Lübecker Universitätskrankenhaus betreut wird."

(Jack und Felice Cohen-Joppa, Herausgeber des Nuclear Resister Newsletter, Mitkoordinatoren der US-amerikanischen Kampagne zur Freilassung Mordechai Vanunus)

„Wir Antifaschisten in den Niederlanden fordern, dass die Anordnungen vom Arzt in der Haftanstalt Lübeck, die uns an frühere Zeiten erinnern, sofort zurückgenommen werden und Rainer Dittrich wegen Haftunfähigkeit entlassen wird."

(Antifaschistische alte Widerstandskämpfer Niederlande, Bund der Antifaschisten.. Aus den Niederlanden kamen weitere Grußadressen alter antifaschistischer Kämpfer und Überlebende eines Konzentrationslager, der Fam. Luttikhuizen, sowie von der Stiftung Goncor – für die antifaschistische Erziehung von Jugendlichen)

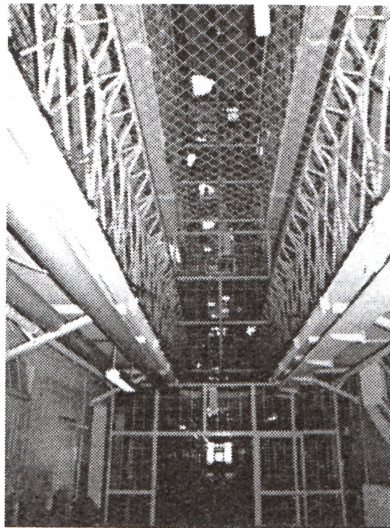
„Als AnarchistInnen haben wir durchaus Bedenken, was Rainers frühere politische Tätigkeiten betrifft. Doch sollte dies uns nicht davon abhalten, einen kämpfenden Aktivisten, der seit Jahren in den Krallen der deutschen Staatsmacht sitzt, zu unterstützen. Rainer hat trotz der jahrelangen Missstände seiner Haft nie die anderen gefangenen GenossInnen vergessen und sich stets für sie eingesetzt. Er hat mehr als einmal seine eigenen Probleme hintan gestellt, um all seine Kraft für andere einsetzen zu können."

(ABC Innsbruck)

„(...) Diese Repression (gegen Rainer) nach 13 Jahren Knast ist hart, ist aber auch ein Schlag gegen die internationale Solidarität, die eine Wurzel für eine starke Linke sein wird. Das wollen die Herrschenden mit allen Mitteln verhindern. Das fürchten sie. Im IKM arbeiten türkische und deutsche Menschen mit, d.h. wir praktizieren auch Internationalismus. In unserer Arbeit hießt das: Die deutschen GenossInnen berichten von ihren Erfahrungen mit Staatsschutzverfahren, die türkischen GenossInnen berichten von der Repression in der Türkei und von den Kämpfen, z.B. von den großen Kollektiven der politischen Gefangenen, die sich vieles erkämpft haben ... Wir können berichten von den Kämpfen gegen Isolation. Wir müssen die Lehren ziehen aus der Zerschlagung von Gefangenenkollektiven in Spanien, Euskadi, Italien und Nordirland, die nach EU- und Nato-Richtlinien erfolgte ... Trotz unterschiedlicher Geschichte und Erfahrungen vermitteln wir uns gegenseitig diese Prozesse. Das ist die Basis für gemeinsame Siege hier, in der Türkei und überall auf der Welt! Power durch die Mauer, bis sie bricht!"

(Rede von IKM Hamburg)

Grußadressen schickten weiterhin das Buchladenkollektiv Georgi Dimitroff aus Frankfut/M. und das Infoladenkollektiv Potemkin



Hannover

Solidaritätskundgebung für den im Hungerstreik befindlichen Gefangenen Ivan Jelinic

Am 3.12.2000 fand an der JVA Hannover eine spontane Solidaritätskundgebung statt. Es versammelten sich dort 20 bis 30 Personen, nachdem bekannt wurde, dass der dort einsitzende Gefangene Ivan Jelinic ab dem 10.12.2000 in den Durststreik treten wird.

Ivan Jelinic wehrt sich bereits seit dem 9. November mit einem Hungerstreik gegen die Isolationshaft, der er seit nunmehr mehr als 5 Jahren unterworfen ist und die Entwürdigungen seitens der Justiz und der JVA-Beschäftigten, denen er immer wieder ausgesetzt ist.

Ivan Jelinic stammt aus Kroatien, hat jedoch fast sein ganzes Leben in der BRD gelebt. Er wurde mit mehreren Urteilen zu insgesamt 30 Jahren Gefängnis verurteilt und ist seit über 15 Jahren inhaftiert. Es ist quasi ein „Lebenslänglich" für einen Menschen, der bei seinen Taten nie jemanden verletzt hat. Weil er sich im Gefängnis politisiert hat, ist er von harter Repression betroffen.

Seit Januar 1988 hat Ivan Jelinic den Status eines Abschiebe-Gefangenen. Das heißt, er soll nach seiner Freilassung direkt abgeschoben werden. Praktisch bedeutet dieser Status eine starke Verschärfung der Haftbedingungen, da er durch ihn von Fortbildungsmöglichkeiten und Hafterleichterungen wie z. B. Ausgang oder Hafturlaub ausgeschlossen ist. Die BRD ist bei Menschen, die „sowieso" abgeschoben werden sollen, an einer sogenannten „Resozialisierung" nicht interessiert.

Die jahrelange Isolationshaft, der Status Abschiebe- Gefangener und die im Gefängnis übliche Diskriminierung von nicht-deutschen Gefangenen stellen für Ivan Jelinic sozusagen eine 3-fach-Bestrafung da.

Ivan Jelinic hat einen Gnadenantrag gestellt. Mit ihm will er ebenso wie mit seinem Hungerstreik seine Freilassung nach der Hälfte der Strafe erreichen. So wie es übliche Praxis der Justiz ist. Er nimmt seine Abschiebung in Kauf, obwohl hier in der BRD sein Lebensmittelpunkt liegt. Ivan Jelinic' Haftsituation ist unerträglich.

Die spontane Kundgebung an der JVA Hannover wurde nach ca. einer Viertelstunde von Polizeikräften beendet. Die Polizei begründete dies mit einem „Tumult", den die Kundgebung innerhalb des Gefängnisses ausgelöst hätte.

TeilnehmerInnen erzählten von Rufen wie „Hoch die internationale Solidarität" und Parolen gegen das faschistische türkische Regime, die sie aus dem Gefängnis hörten. Proteste seitens der Gefangenen sind bei den schlechten Haftbedingungen und der starken Überbelegung in der JVA Hannover nur verständlich. Dies liegt in der Verantwortung der JVA-Leitung und des niedersächsischen Justizministeriums und nicht der KundgebungsteilnehmerInnen.

Weitere Informationen zu Ivan Jelinic: www.ivanblockzock.de

Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen, c/o Infoladen, Ludolf-Camphausenstr. 36, 50672 Köln

Ein Brief von Ivan Jelinic nach der Solikundgebung

Hungerstreik ausgesetzt

3.12. (So) um 10.30 Uhr kommt Musik über die Mauer; eine Demonstration vor dem Knast von internationalen Menschen für meine Freilassung, gegen Isolationshaft und gegen Abschiebeknäste. Ein Text wird vorgelesen, der meine Situation im Wesentlichen erklärt. Es ist sehr gut zu verstehen. Sprechchöre sind zu hören; hoch! die! internationale! Solidarität!

In der U-Haft ... erwidern einige Stimmen denselben Sprechchor. Dann ruft einer im Sprechchor immer wieder: „Scheis-se Polizei!" Wahrscheinlich werden die DemonstrantInnen von der Polizei angegriffen/gestört. Viele U-Gefangene pfeifen, schreien „Buuuh!" Ich wundere mich über so viel kollektive Courage. Davon sollten die Tage gefüllt sein.

Andreas neben mir und ich aus dem Kel-

ler, und eine kräftige Stimme oben in der U-Haft, rufen den Sprechchor für internationale Solidarität, sobald er draußen endet. Es klingt dann wie ein kleines Echo so zwischen den Zellenhäusern. Aber es setzt sich leider nicht fort. Nach etwa 25 Minuten ist nichts mehr zu hören, auch die Trillerpfeifen nicht.

Einen letzten Indianerruf schicke ich noch hinterher, vielleicht wird er noch gehört ... und das ganze Erlebnis weckt den Tiger in mir auf, wohin jetzt mit dem Hochgefühl? Also laufe ich eine Weile hin und her, immer von Tür zum Fenster und zurück. Laufen, Drehung, zurück. Laufen-Drehung-zurück. Laufendrehungzurück. So denke ich nach. Und ich habe den Entschluss gefasst: Heute, am 24-sten Tag, werde ich meinen Hungerstreik auf der Stelle aussetzen!

11 Uhr 30 teile ich den Gefängnisbeamten mit, ich setze ab sofort den Hungerstreik aus. Vom Arzt oder dem Sanitäter gibt es in Hannover keine Schonkost, kein Knäckebrot, Zwieback, auch kein Püree. Der Arzt ist mehr Gefängnisbeamter als Arzt, betrachtet die Nahrung, als wäre es seine, nicht von Steuern bezahlt. Hier muss man auf die Ernährung selber Acht geben.

Ich begrüße hiermit alle TeilnehmerInnen der Knast-Demo, auch im Namen der Mit-Isolierten hier und überall und im Namen aller Abschiebegefangenen natürlich, und will noch hinzufügen, dass ich es sehr bedauere, wenn in einem demokratischen Staat wie Deutschland Zivilcourage in Form einer spontanen Knast-Demonstration gegen Diskriminierung, Isolationshaft und Abschiebung durch die Staatsmacht gestört und verhindert wird, insbesondere unter einer sozialdemokratischen Landesregierung. Das ist sehr zu bedauern. Aber wir alle dürfen nicht aufgeben, eines Tages wird es auch in Deutschland ein Antidiskriminierungsgesetz geben. Jede Aktivität gegen Diskriminierung, gegen Rassisten und Faschisten ist richtig und wichtig und wird immer der richtige Weg bleiben. Manche Geschichte braucht jedoch zu lange.

Im Gefängnis wird Zivilcourage bestraft. Trotzdem gab es immer wieder die eine oder andere Möglichkeit, etwas zu tun. So danke ich im Namen einiger abgeschobener Menschen für die Unterstützung, besonders meinen lieben Hippies bei Kapitän Ron, für das Paket (Pakistan), den Tabak und Kaffee usw. und sende von hier Grüße an alle, die mich kurzfristig bei Haus IV kennen gelernt haben, nach Peru, in die Türkei/Kurdistan, Marokko, Iran, Afghanistan, Georgien, Kosovo, Albanien, Yugoslawien, Bosnien, Makedonien, nach Polen und nach Russland, nach Italien und nach Kroatien und ale anderen, die ich nicht aufgezählt habe. Eines Tage werden alle Menschen über alle Grenzen hinweg auf dem Kontinent leben können, wo sie wollen. Ausbeutung, Gewalt, Diskriminierung ... das sind Attribute des Menschenfeinds. Für Freiheit & Gerechtigkeit & Glück!

Ivan

Mörderischer Rassismus



17-jähriger Flüchtling erhängt sich in der Abschiebehaft Hannover

Aus der Presseerklärung des Flüchtlingsrates vom 12.12.00:

Am Morgen des 8. Dezember erhängte sich in der Abschiebungshaftanstalt Langenhagen der tamilische Flüchtling Arumugasamy Subramaniam an seinen Schnürsenkeln. Drei Tage später sollte er abgeschoben werden. Wir sind erschüttert über seinen Tod.

Der 17-jährige Tamile war am Mittwoch nach über fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland festgenommen und am Donnerstag in die Abschiebungshaftanstalt nach Langenhagen eingeliefert worden. Nach den Aussagen seiner Freunde und Verwandten hatte er große Angst vor einer Rückkehr nach Sri Lanka, wo er befürchtete, sofort inhaftiert zu werden.

Arumugasamy Subramaniam war offiziell in Melle bei Osnabrück gemeldet, wo er sich jedoch tatsächlich kaum aufhielt: Die Familie seines Onkels in Ahrensberg (NRW), die seit 1997 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, bemühte sich mit Hilfe eines Rechtsanwaltes intensiv darum, den alleinstehenden Jungen zu adoptieren - Arumugasamy Subramaniam war für die Familie wie ein eigener Sohn. Sein Aufenthalt in Ahrensberg war zwar nicht erlaubt, jedoch wurde sein Aufenthalt durch die Ausländerbehörde augenzwinkernd geduldet. Eine Umverteilung nach Ahrensberg wurde von der dortigen Ausländerbehörde zwar befürwortet, von der Ausländerbehörde in Osnabrück jedoch nicht zugelassen.

Das eingeleitete Adoptionsverfahren wollte der Landkreis Osnabrück nach rechtskräftiger Ablehnung des Asylantrags nicht mehr abwarten. Der Landkreis forderte den jungen Mann auf, bis zum 13.11.2000 eine Erklärung über eine freiwillige Ausreise abzugeben. Unter Hinweis auf einen Eilantrag vor dem VG Osnabrück, der am 25.11.2000 abgelehnt wurde, bat Rechtsanwalt Londzec die Ausländerbehörde um einen Aufschub. In Begleitung eines Freundes, des Fuhrunternehmers H. aus Ahrensberg, begab sich Arumugasamy Subramaniam am 6.12.2000 zur Ausländerbehörde, um das weitere Vorgehen abzusprechen. Dort spielte sich dann Folgendes ab:

Die Ausländerbehörde Osnabrück ließ die beiden unter einem Vorwand auf dem Gang warten und holte die Polizei. Der Junge fing an zu weinen. Der Fuhrunternehmer H. bat die Ausländerbehörde händeringend darum, dem Tamilen die freiwillige Ausreise zu ermöglichen, für die er persönlich gerade stehen wollte. Dennoch bestand die Ausländerbehörde auf Abschiebungshaft. Am 7.12.2000 wurde Arumugasamy Subramaniam nach Bestätigung des Haftbeschlusses durch den Haftrichter in die Abschiebungshaft nach Langenhagen eingewiesen. Rechtsanwalt Londzec stellte noch einmal einen Antrag auf Aussetzung der Haft, biss jedoch bei der Ausländerbehörde auf Granit. Auch der Fuhrunternehmer H. unternahm einen erneuten vergeblichen Versuch, die Ausländerbehörde zu bewegen, die freiwillige Ausreise zu ermöglichen. Am Morgen des folgenden Tages beging Arumugasamy Selbstmord. Seine Adoptivmutter erlitt nach Erhalt dieser Nachricht einen Schock. (...)

Polizei stürmt mit gezogenen Waffen die Berliner Therapieeinrichtung für Folteropfer XENION

Jugendlicher kurdischer Flüchtling stürzt sich aus Angst vor Abschiebung in Panik aus dem Fenster und erleidet lebensgefährliche Verletzungen

Presseerklärung von XENION, Psychotherapeutische Beratungsstelle für politisch Verfolgte, Roscherstraße 2a, 10629 Berlin Tel: 030 / 323 29 33, Fax: 030 / 324 85 75 e-mail: <mailto:xenion@bln.netdiscoun-

ter.de>xenion@bln.netdiscounter.de

Am Freitag, den 24.11.00, verletzte sich der kurdische Jugendliche Davut K., der unsere psychotherapeutische Beratungsstelle für politisch Verfolgte, XENION, aufgesucht hatte, lebensgefährlich auf der Flucht vor einem Einsatzkommando der Berliner Polizei. In Panik stürzte er sich drei Etagen tief aus dem Fenster der Beratungsstelle, als Polizisten mit gezogenen Waffen die Beratungsstelle stürmten. Davut K. gehört zum Personenkreis von durch Folter schwer traumatisierten Flüchtlinge.

Der siebzehnjährige Davut K., Kurde aus der Türkei und als politischer Flüchtling nach Deutschland gekommen, wurde auf Bitten des Ausländerbeauftragten der Stadt Bitterfeld wegen manifester psychischer Symptome aufgrund schwerer Folterungen in der Türkei in der Beratungsstelle für politisch Verfolgte und Folteropfer XENION behandelt. Er hatte dort am 24.11. um 10.00 Uhr einen Behandlungstermin. Gegen 10.30 Uhr kam er in sehr aufgeregtem Zustand in der Beratungsstelle an und erklärte sein verspätetes Erscheinen mit einer Fahrkartenkontrolle, die ihn aufgehalten habe. Dabei seien ihm seine Papiere abgenommen worden, darunter auch die aktuelle Terminvereinbarung. Er befürchtete, dass er in die Türkei abgeschoben würde.

Bei der Ankündigung, dass man die Polizei rufen werde, ergriff er daher die Flucht und begab sich zu XENION. Der Jugendliche fürchtete, dass die Polizei ihm folgen könne, da eine Vereinbarung des Behandlungstermins mit Anschrift der Einrichtung, Datum und Uhrzeit bei den einbehaltenen Papieren war. Nach übereinstimmender Einschätzung des behandelnden Therapeuten und einer kontaktierten Rechtsanwältin sollte dies jedoch nicht als Grund für eine Fahndung ausreichen und es gelang zunächst, den Jugendlichen zu beruhigen. Kurze Zeit darauf klingelte es am Hauseingang. Polizei stand vor der Tür und verlangte Einlass in die Einrichtung. Herr Koch, der behandelnde Psychotherapeut und Leiter der Einrichtung, empfing zwei Polizeibeamte im Treppenhaus, um den Grund für den Besuch zu erfahren. Da er zur Erklärung lediglich die Auskunft erhielt, dass es Hinweise dafür gäbe, dass sich eine gesuchte Person in den Räumen der Beratungsstelle aufhielte und auf ausdrückliches Verlangen weder ein Haftbefehl noch ein schriftlicher Fahndungsbefehl noch ein Durchsuchungsbefehl vorgelegt wurde, verweigerte Herr Koch den Beamten unter Hinweis auf sein Hausrecht und den besonderen Charakter von XENION als psychotherapeutische Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge den Zutritt zu den Räumen und unter Berufung auf seine Schweigepflicht als behandelnder psychologischer Psychotherapeut die

Auskunft darüber, wer sich in den Räumen aufhalte. Nachdem sich die Beamten zunächst abweisen ließen, klingelte es einige Zeit später erneut an der Eingangstür der Beratungsstelle. Nachdem nicht sofort geöffnet wurde, wurde gegen die Eingangstür gehämmert oder getreten, so dass der Eindruck entstand, die Tür werde eingetreten. Herr Koch öffnete erneut die Tür, um mit den 5 oder 6 Polizistinnen und Polizisten zu sprechen. Trotz erneuter Weigerung des Leiters, den Beamten ohne Rechtsgrundlage Zutritt zu den Räumen zu gewähren, und trotz deutlicher Warnung hinsichtlich der Gefährdung von Klienten von XENION drängten die Polizisten in den Eingangsbereich der Beratungsstelle. Als ein Geräusch zu hören war, drangen Polizeibeamte laut schreiend mit gezogenen Waffen überfallartig in die Therapieeinrichtung ein.

Herr Koch ersuchte sie sofort die Waffen einzustecken und erklärte sich angesichts dieser bedrohlichen Situation bereit, sie durch die Räume zu führen, aber ohne Erfolg. Die Beamten stürmten brüllend mit Waffen in der Hand die Räume, trotz der Hinweise auf mögliche Panikreaktionen von Klienten. Im Therapieraum fand sich der Betreffende aber nicht. Daraufhin zogen sich die Polizisten wieder in den Eingangsbereich zurück. Eine Beamtin öffnete dort das Fenster zum Lichthof und entdeckte den schwer verletzten Davut K.

Noch während des Einsatzes, als das Ausmaß des Schadens abzusehen war, wurden die Mitarbeiter der Einrichtung beschuldigt, die Verantwortung für den Vorfall zu tragen. Selbst dem Dolmetscher, der mit dem Verletzten sprach und sich bis zum Abtransport ins Krankenhaus um ihn kümmerte, wurden Platzverweis und Festnahme angedroht.

Mittlerweile haben wir durch eine Presseerklärung der Polizei erfahren, dass der Klient ohne gültigen Fahrtausweis unterwegs gewesen sein soll und dass Herr Koch wegen Behinderung polizeilichen Ermittlungen und unterlassener Hilfeleistung strafrechtlich belangt werden soll.

Davut K. floh vor einer drohenden Haftstrafe und erneuter Folter in der Türkei. Nach mittlerweile bestätigten Angaben ist er dort zu 11 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Die Angst vor Abschiebung motivierten seine Verzweiflungstat und beschäftigten ihn sogar noch, als er schwer verletzt im Lichthof lag. Der Anwalt habe darüber hinaus in dieser Woche die Bestätigung der Echtheit der vorgelegten Dokumente belegen können, die das Gericht, welches sein Asylverfahren bearbeitete, bisher ungeprüft als Fälschungen betrachtet hatte. Die Einsatzleitung trägt die Verantwortung für die tragischen Folgen ihres Einsatzes. Wir weisen den zynischen Versuch, dem Leiter der Einrichtung diese Schuld zuweisen zu wollen, aufs Schärfste zurück.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung sind bestürzt und entsetzt über das Vorgehen der Polizei. Der Tatvorwurf des Fahrens ohne gültigen Fahrtausweis an den Jugendlichen steht in keinem Verhältnis zum wissentlichen und gewaltvollen Eindringen in die Räume einer Therapieeinrichtung für Folteropfer. Die ausdrücklichen Warnungen des Leiters der Einrichtung und seine Hinweise der besonderen Schutzbedürftigkeit der Einrichtung und der dort behandelten Patienten zu übergehen, betrachten wir als gefährlich, grob fahrlässig und jenseits aller Verhältnismäßigkeit. Es ist unerklärlich, wieso die Beamten die Aufforderungen des behandelnden Therapeuten und Leiters der Einrichtung ignorierten und sich offensichtlich ohne ausreichende Rechtsgrundlage mit Gewalt Zutritt verschafften. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf zu klären, wie es zu den eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen und den derart unverhältnismäßigen Übergriffen kommen konnte. Die von den Polizeibeamten aufgefundene Terminkarte der Beratungsstelle XENION hätte andere Formen der Ermittlung zur Folge haben müssen als das überfallartige Vorgehen des

Einsatzkommandos. Erfahrenen und besonnenen Beamten müsste bekannt sein, dass Menschen, die sich einer psychotherapeutischen Behandlung nach schwerer Traumatisierung unterziehen, nicht in der Lage sind, eine derartige retraumatisierende Belastung auszuhalten.

Wir befürchten, dass ohne grundsätzliche Änderungen in der Einstellung der Polizei gegenüber politisch verfolgten Flüchtlingen und gegenüber therapeutischen Schutzräumen für Opfer von Folter und politisch motivierter Gewalt sich derartige Vorfälle wiederholen können. Menschen, die aufgrund von Verfolgung und Folter an behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankungen leiden, sind keine gefährlichen Kriminellen.

Die Aufgabe von XENION ist die psychotherapeutische Behandlung und Beratung politisch verfolgter Flüchtlinge und Folteropfer. Für diese Arbeit engagieren sich die Mitglieder des Trägervereins und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von XENION. Für seine Arbeit wird der Verein vom Berliner Senat, der Europäischen Union und dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR finanziell unterstützt und genießt seit Jahren hohe Anerkennung für seine fachliche Arbeit und sein humanitäres Engagement. Polizeiaktionen wie am 24. November zerstören nicht nur die physische und psychische Gesundheit einzelner Flüchtlinge und die Arbeitsgrundlage von XENION, sie zerstören auch die das humanitäre Klima in unserem Land und dieser Stadt. Auch und gerade die politisch Verantwortlichen, die noch Anfang dieses Monats zum „Aufstand der Anständigen" aufriefen, sind zur Stellungnahme und zum Handeln aufgerufen, ggf. auch dazu, die Polizei dieser Stadt in ihre Schranken zu weisen.

Berlin, den 27.11.2000, M. Schmude (Vorsitzender)

Härtefallkommission spricht sich gegen Abschiebung aus

Akubuo Chukwudi seit 23 Tagen im Hungerstreik

Am Montag, den 20. November 2000, verhaftete die Polizei Akubuo Chukwudi, engagiertes Mitglied von „the voice" Afrika Forum, in den Räumen des Bremer Menschenrechtsvereins. Seitdem sitzt er in Bützow/ Mecklenburg-Vorpommern in Abschiebehaft. Durch den Hungerstreik, in dem er sich nunmehr seit 23 Tagen befindet, ist sein Gesundheitszustand stark angegriffen. Die Proteste gegen seine Inhaftierung sind vielfältig und richten sich nun direkt an den zuständigen Innenminister Mecklenburg/Vorpommerns Gottfried Timm. In Kundgebungen in Berlin, Schwerin und in Faxaktionen fordern Flüchtlingsgruppen bis hin zum Team der bekannten Fernsehserie „Lindenstraße" Akubuos sofortige Freilassung. Neben den regierenden Landtagsfraktionen Mecklenburg-Vorpommerns SPD und PDS hat sich nun auch die unabhängige Härtefallkommission des Landes für eine Duldung Akubuos ausgesprochen.

Unterstützt Akubuo! Lasst euch was einfallen! Schreibt ihm!

Adresse: Akubuo Chukwudi, c/o JVA Bützow, Kühlungsbornerstr. 29a, 18246 Bützow

***

Freiheit für Özcan Toker!

Schauplatz Düsseldorf, 28.10.: Während ein massives Polizeiaufgebot einen Nazi-Aufmarsch schützt, kommt es bei den Gegenaktivitäten zu über 200 Festnamen. Drei Antifaschisten werden am folgenden Tag dem Haftrichter vorgeführt. Zwei von ihnen werden wieder freigelassen, während der dritte, Özcan Toker, am 31.10. in einem sogenannten Schnellverfahren zu 7 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt wird.

Özcan wird vorgeworfen, zwei Flaschen in Richtung des Naziaufmarsches geworfen zu haben. Er hat mittlerweile Berufung gegen das Urteil eingelegt. Der Prozess wird jedoch voraussichtlich erst im Januar 2001 stattfinden.

Mit dem „Schnellverfahren" und einem Urteil in dieser Härte wurde ein Exempel statuiert. Es sollte eine Warnung an alle diejenigen sein, die das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen und versuchen, Naziaufmärsche zu verhindern.

Özcan Toker ist kurdischer Asylbewerber, und es besteht die große Gefahr, dass er nach dem Ende der Haft abgeschoben wird.

Für die sofortige Freilassung und das Bleiberecht von Özcan Toker!

Für die Einstellung aller weiteren Ermittlungsverfahren!

Knastkundgebung: Samstag, 30.12., 12.00 Uhr, Spichernplatz 14 in Düsseldorf-Derendorf

Kulturverein Mozaik (Bonn), Antifa KOK (D'dorf), Rote Hilfe (Bonn)

Dokumentiert

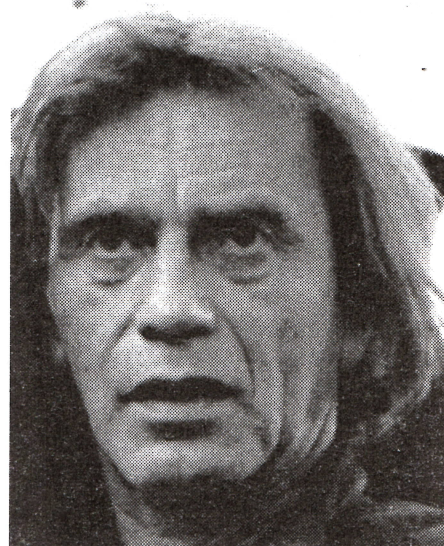
Die gruppe 2, ein nachrichtendienstliches Projekt des Agenten Manfred Schlickenrieder

Die Schweizer Organisation Revolutionärer Aufbau hat jetzt die wohl auch einigen unserer Leserinnen und Leser bekannte „gruppe 2" aus München als Geheimdienstprojekt und Manfred Schlickenrieder als Geheimdienstagenten enttarnt. Eine ausführliche Darstellung mit zahlreichen Originaldokumenten und Fotos sowie Stellungnahmen findet sich im Internet unter:

http://www.geocities.com/~aufbau/

Die Aufklärung der Infiltration ist noch nicht abgeschlossen. „... mit der öffentlichen Enttarnung eines Spitzels oder Agenten", schreibt der Revolutionäre Aufbau in einer Einleitung, „ist natürlich immer auch die Aufforderung an alle GenossInnen, AktivistInnen oder sonst Betroffenen verbunden, Informationen oder sonstige Erfahrungen mitzuteilen, damit das Puzzle möglichst umfassend wird."

Wir dokumentieren an dieser Stelle Auszüge aus der Dokumentation des Revolutionären Aufbaus sowie einer ausführlichen Stellungnahme von „Kein Friede".



Die Enttarnung des Agenten Manfred Schlickenrieder

Manfred Schlickenrieder ist ein Agent, der für einen oder mehrere Geheimdienste arbeitet. In dieser Eigenschaft gründete er anfangs der 80er-Jahre die Gruppe 2 in München. Das erklärte Ziel dieser Struktur war es, sich über Publikationen, Videoproduktionen und ein Archiv in die internationale revolutionäre Bewegung einzuschleusen. All dies geht aus uns zugespieltem Material und intensiver Recherchearbeit eindeutig hervor, das wir ... auf unserer Homepage veröffentlichen. (...) An der Authentizität des Materials besteht ... nicht der geringste Zweifel. (...) ... das Manfred Schlickenrieder unter dem Agentennamen „Camus" seit Jahren minutiös über jedes Treffen, jede Sitzung und jedes Telefonat zu Händen seiner Dienststelle Berichte verfasste. Und nicht nur das; die von der Gruppe 2 betriebene Videoproduktion ermöglichte es dem Staatsschutz, Veranstaltungen und Aktionen ungestört zu filmen. Die Fotos in der Kartei über den Revolutionären Aufbau stammen samt und sonders aus solchem von der Gruppe 2 produzierten Videomaterial. Unsere präzise Kenntnis über seine Agententätigkeit beschränkt sich auf (im Verhältnis zur jahrzehntelangen Tätigkeit) weniges, unsere Organisation resp. einzelne GenossInnen betreffendes Material, geheimdienstliche Dokumente und Unterlagen aus Italien und Frankreich. Bis heute ist es uns nicht gelungen, mit definitiver Sicherheit den oder die Dienste zu bestimmen, für welche Schlickenrieder in den letzten 20 Jahren tätig war. Aufgrund des vorliegenden Materials und der weitläufigen Tätigkeit kommen sowohl der Bundesnachrichtendienst BND als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz BfV in Frage. Die minutiösen Abrechnungen[1] weisen auf eine feste Anstellung hin, der äußerst aufwendige Lebensstil Schlickenrieders lässt auf eine doch eher gehobene Stellung schließen. Aus einem bei Schlickenrieder gefundenen Papier geht eindeutig eine enge Zusammenarbeit mit dem italienischen Geheimdienst SISDE hervor: (...)

Eine Zusammenarbeit mit dem MAD lief zumindest auf informeller Ebene. Schlickenrieders bester Freund, Karsten Banse, war während langer Jahre MAD-Agent und, nach Angaben von Schlickenrieder, danach ein Mitglied der Gruppe 2. (...) Gesichert ist ... die Erkenntnis, wonach Banse für Schlickenrieder den Kontakt zum ehemaligen M16-Agenten Michael „Mike" Reynolds hergestellt hat. Für die von diesem Agenten gegründete Firma „Hakluyt" wurde die Gruppe 2 auch direkt für das multinationale Kapital tätig und spionierte systematisch die damals aktiven Anti-Shellgruppen aus. (...)

Die Aktivitäten Schlickenrieders

Nach eigenen Erzählungen war Schlickenrieder Ende der 70er-Jahre in der Münchner Sektion der KPD/ML im lokalen Vorstand. Ebenfalls nach eigenen Aussagen wurde er bereits einmal zu dieser Zeit als Polizeispitzel verdächtigt. Bereits in diesen Jahren betätigte er sich auch als Filmer und produzierte im Jahre 1976 die „Pastoralsymphonie". Nach diesem K-Gruppe-Abstecher infiltrierte sich

Schlickenrieder systematisch in die revolutionäre Linke.

Systematisch setzte er dabei seine Kenntnisse als Film- und später als Videoproduzent ein. Ein Filmprojekt aus dem Jahre 1980 trägt den sinnigen Namen „Spurensicherung". Die von ihm ins Leben gerufene Struktur trug in diesen ersten Jahren den Namen „Werkstattfilm und Dokumentation München" ... Der Name „Gruppe 2" tauchte erstmals 1982 auf einem Flugblatt zu Verhaftungen von RAF-GenossInnen auf. Später, in einer Kurzdarstellung des „Medienprojekts Gruppe 2", beschreibt Schlickenrieder die Struktur, in der seit Herbst 85

„zunächst vier, jetzt zwei Kernpersonen, darüber hinaus ein größerer oder kleinerer Kreis von Unterstützern und Mitarbeitern, vom bezahlten Übersetzer bis zum Unterstützer, der Geld in die Produktion investiert."[3]
Als in Arbeit befindliche Projekte werden genannt:
a) Dokumentarfilm Rote Brigaden
b) Langzeitdokumentation „Löwenbräu-City"
c) Originalton- und Musikkassetten „Italienische Lieder der Arbeiterbewegung"
d) Textdokumentation „Rote Brigaden".

Der Film über die BR sollte als Einstieg für die Kontakte zur italienischen revolutionären Bewegung dienen. „Für diesen Film wird seit zwei Jahren recherchiert, es fanden drei Kontaktreisen und zweimal Dreharbeiten in Italien statt, im September werden weitere vier Wochen Dreharbeiten erfolgen."[4] Während dieser Reisen knüpft Schlickenrieder erste Kontakte, die er später vor allem auch über zwei GenossInnen aus dem Revolutionären Aufbau vertiefen will. (...)

Das Filmprojekt war allerdings nur ein Teil der geplanten Infiltration in die revolutionäre Bewegung. Eine weitere Möglichkeit, einschlägige Kontakte zu knüpfen resp. an Adressen zu gelangen, war das Archiv. Ein erstes Lokal mietete Schlickenrieder zu diesem Zwecke per 1.1.88 an der Sommerstr. 24 in München, monatlicher Mietzins DM 870,-. (...)

1988 erscheint die erste Nummer der von Schlickenrieders „Gruppe 2" herausgegebenen Zeitschrift -texte-. Unter dem Titel „Klassenkampf oder ‚politische Lösung'? Materialien zur Amnestie-Diskussion" publizierte die Gruppe 2 eine diffuse Ansammlung unkommentierter politischer Positionen. (...) Die Publikation verfolgte, wie später auch die Mitpublikation von Rapporti Sociali, zwei Stoßrichtungen. Das Sammeln von Adressen

„Da eine weitere Präzisierung zwar verpflichtend ist, in diesem Rahmen jedoch nicht gelöst werden kann, bieten wir all jenen, die an einer erweiterten Information über Positionen und Entwicklung der Diskussion in Italien interessiert sind, diese über unsren Archivdienst an. Auskünfte über die Redaktionsadresse."[6]

und den Aufbau einer Präsenz innerhalb der revolutionären Bewegung, wie Schlickenrieder dies in einem Rapport festhält:

„Das von NAME für besonders wichtig gehaltene Projekt einer deutschen Ausgabe der RAPPORTI SOCIALI sollte aufgenommen werden. (...) Die Arbeit an der Ausweitung der internationalen Edition ... um eine deutsche Ausgabe würde also gleichzeitig die Option auf direkte Kontakte zu den jeweiligen Herausgebern - vor allem natürlich NAME in Italien - eröffnen. Die Teilnahme an den internationalen Treffen ... wäre automatisch gewährleistet. (...)"

Die Zeitschrift -texte- erscheint in der Folge in unregelmäßigen Abständen, wobei der Themenschwerpunkt ganz im Sinne von Schlickenrieders Auftrag bestimmt ist. Publiziert werden fast ausschließlich Texte bewaffneter Gruppen. (...) Die Gruppe 2 publiziert in diesen Jahren zahlreiche andere Schriften, so z.B. die Übersetzung der Texte der belgischen CCC „La flèche et la sible". Weiter produziert die Struktur zwei Videofilme, zur Geschichte von Mumia Abu-Jamal und zur historischen Entwicklung der RAF, unter dem Titel „was wären wir für Menschen?".

(Aus der Dokumentation des Revolutionären Aufbaus)

1 Reise-, Fahrzeug- und Sonderkosten, Monat Dezembe 98 und Dezember 96 (ist dokumentiert) - 2 entfällt - 3 Medienprojekt „gruppe 2" - Kurzdarstellung, 12.7.87 - 4 a.a.O. - 5 entfällt - 6Zitiert aus den „Vorbemerkungen zu dieser Dokumentation", -texte- Nr. 1

Der Landeskonservator

KEIN FRIEDE zur Enttarnung der „gruppe 2" und von Manfred Schlickenrieder

(...)

Die Etablierung eines Geheimdienststützpunktes in Form einer Dokumentationsstelle liegt vor dem Hintergrund des aus den Unterlagen offensichtlichen Auftrages nahe: Es öffnet Türen. Denn natürlich braucht der Befreiungskampf auch Dokumentaristen, Leute, die sich das zur Aufgabe machen. Das Bedürfnis nach Archivierung und daraus folgender Bereitstellung führte z.B. in dem mehr bewegungsorientierten Teil der Linken in de 80er-Jahren zur Gründung unzähliger Infoläden. Aber auch andere Spektren sahen die Notwendigkeit und hatten Probleme damit, es immer aus eigener Kraft zu schaffen. Zum Beispiel ehemalige Gefangene aus der RAF, mit denen die „gruppe 2" Anfang der 90er-Jahre den Film „Was aber wären wir für Menschen ..." produzierte. In dem Rahmen nahm Manfred Schlickenrieder unzählige Veranstaltungen in verschiedenen Städten und Aktivitäten von Solidaritätsgruppen und der Angehörigen auf. Auch wenn diese Kartei noch nicht gefunden wurde, lässt sich aus der gefundenen elektronischen Fotokartei über Mitglieder des Schweizer Aufbaus, wofür er dort gemachte Filmaufnahmen auswertete, der Schluss ziehen, dass die Filme nach dem gleichen Muster ausgeschlachtet wurden. Das betrifft einige hundert Leute, die - im Vertrauen auf die Integrität der Veranstalter - diese Mitschnitte tolerierten. Über die Schiene beabsichtigter Filme eröffneten sich zahlreiche Kontakte. Noch in jüngster Zeit gab es Gespräche über einen zweiten Teil der Dokumentation „Was aber wären wir für Menschen ?" oder mit der Roten Hilfe über einen gemeinsam zu produzierenden Film. Sehr aktuell war die beabsichtigte Übergabe des Archivs von Vreni Lauterbach, einer langjährigen Aktivistin der „Gruppe der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD", die vor anderthalb Jahren starb. Durch die jetzt erfolgte Enttarnung von Manfred Schlickenrieder konnte die Übergabe im letzten Moment verhindert werden.

Aber die Hauptausrichtung der Spitzeltätigkeit war die europäische Zusammenarbeit und die Verbindungen zwischen italienischen, französischen, spanischen und Schweizer Genoss/innen der politischen Zusammenhänge und Organismen der bewaffneten Linken. Nicht die Guerillagruppen selbst, sondern das von den Behörden als „terroristisches Umfeld" titulierte Spektrum. Die bewaffnete Linke in Westeuropa war zu keinem Zeitpunkt homogen. Es gab den letztlich sehr unideologischen aktivistischen Teil, der eher einem undogmatischen Marxismus nahe war, wofür die RAF steht, und es gab die bewaffnete Variante des Neo-Marxismus-Leninismus unterschiedlicher maoistischer Prägung, für den Teile der italienischen Brigate Rosse, die spanische GRAPO oder einzelne Genoss/innen aus dem politischen Spektrum der französischen Action Directe stehen. Die Mehrzahl der Dokumente, in die uns Einsicht gegeben wurde, befassen sich damit. Da finden sich die Wiedergabe von Diskussionsfragmenten, offensichtlichen in persönlichen Gesprächen aufgeschnappten Äußerungen und ellenlange Namenslisten von vermeintlichen Mitgliedern eines „terroristischen internationalen Netzwerkes" sowie Anmerkungen zu deren Stellung bzw. politischen Positionen. (...)

Schlickenrieder bei Libertad!

Unsere Begegnungen mit dem Typen fanden im Rahmen der Gründungsphase von Libertad! 1994/95 statt. Auf Vorschlag einer ehemaligen Gefangenen aus der RAF trat Manfred Schlickenrieder der Solidaritätskampagne Libertad! bei und nahm an Treffen des damaligen Initiativkreises und der Arbeitsgruppe „Internationale Kontakte" teil. Wie wir jetzt den Dokumenten entnehmen konnten, war das auch der Grund seines Interesses. In dem schon zitierten Operativplan von 1995, in dem er die Schwerpunkte seiner Arbeit formulierte, nennt er das als Beweggrund weiterer Mitgliedschaft in Libertad!, obwohl die Personen und Gruppen, auf die er sein Hauptaugenmerk richtete, Libertad! wegen der „Menschenrechtsausrichtung" kritisierten. Informiert wurden seine Auftraggeber nach den vorhandenen Unterlagen z.B. über die Überlegungen, sich an den Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1994 in Neapel zu beteiligen, welche Personen das vorhaben und welchen Kontakt es in Neapel gibt.

Seinen ein halbes Jahr später erfolgten Ausstieg begründete er damit, dass ihm Libertad! nicht „kommunistisch" genug sei.

(...)

Frankreich: Jean-Marc Rouillan wieder in Isolationshaft

Isolationshaft als staatliche Reaktion auf Mobilisierung im Knast

Am 22. November um fünf Uhr morgens wurde Jean-Marc Rouillan überraschend und ohne offizielle Begründung aus der Centrale von Lannemezan (Pyrenäen) nach Fresnes (bei Paris) in die Isolationsabteilung verlegt. Von den 13 Jahren, die Jean-Marc mittlerweile im Knast ist, saß er allein 7 in Isolation in Fresnes.

Der zunehmende Widerstand in den französischen Knästen gegen die immer länger werdenden Haftstrafen, gegen die Perspektivlosigkeit der zu lebenslänglich Verurteilten, gegen das Begrabensein hinter Gittern passt offensichtlich nicht ins herrschende Konzept einer wohlgeordneten Knastreform, so dieser oder jener sogenannte Missstand beseitigt werden soll. Die Ausweitung der Kämpfe der politischen Gefangenen, wie die Hungerstreiks baskischer, bretonischer und korsischer Gefangener und die wachsenden Bezüge der verschiedenen Kämpfe untereinander lassen den französischen Staat auf die bewährten Mittel der Repression und Isolation zurückgreifen.

Die Rückverlegung in den Isolationstrakt von Fresnes ist eine besondere Provokation. Jean-Marc ist fast fertig mit einem Buch, an dem er seit längerem gearbeitet hat. Ein Verleger ist gefunden und das Buch soll im kommenden Jahr erscheinen. Er schreibt darin über Knastalltag, seinen und den seiner Mitgefangenen. Ohne seine Arbeitsmaterialien, ohne seinen Computer, an dem er die letzten Kapitel fertig stellen müsste, findet er sich jetzt in Isolationshaft wieder.

Auch wenn die Isolationsfolter nicht den Gefangenen aus Action Directe vorbehalten war, so wurde sie jedoch von Anfang an in besonders exzessiver Form und über Jahre gegen sie angewendet. Es waren die Isolationsabteilungen von Fresnes, in denen Georges Cipriani nach über 6 Jahren Total- und Teilisolation schwere psychische Störungen bekam, unter denen er seitdem leidet.

Gegen das staatliche Projekt der Vernichtung durch Isolation haben die Gefangenen aus Action Direkte mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gekämpft, genauso wie gegen die anschließende Normalisierungspolitik, die sie stillschweigend hinter den Knastmauern begraben wollte. Mit Hungerstreiks, Diskussionsbeiträgen, Texten und Grußworten waren und sind sie Teil in der politischen Auseinandersetzung, drinnen und draußen.

In Frankreich gründete sich vor 2 Jahren das Kollektiv CNLPF, das Öffentlichkeitsarbeit zu den Gefangenen macht und die Freilassung von Georges und Nathalie aufgrund ihrer Haftunfähigkeit durchsetzen will. Die Situation der Gefangenen aus Action Directe wurde damit auch in verschiedenen Kreisen der Linken zum Thema.

Die erneute Verlegung in Isolation ist damit auch ein Schlag gegen all die, die sich mit den Gefangenen aus Action Directe solidarisieren. Die Isolation muss sofort aufgehoben werden!

Die derzeitige Adresse von Jean-Marc für



Soli-Adressen: Jean-Marc Rouillan, 89346g 1. Div. Q.I.91 S., Allée des Thuyas, 94261 Fresnes

Internationalistisches Komitee

Erklärung von Joëlle Aubron und Nathalie Ménigon zur Verlegung von Jean-Marc Rouillan in Isolationshaft und zur Verweigerung des Knastessens

Am 22. November wurden unser Genosse Jean-Marc Rouillan und fünf andere seiner Mitgefangenen aus Lannemezan evakuiert. Seit mehreren Monaten war es Gefangenen, politischen und sozialen, dieses Sicherheitsgefängnisses gelungen, ein aktives Netz der Solidarität aufzubauen.

Im Mai hatten 20 von ihnen eine Woche lang das Knastessen verweigert, zur Unterstützung der 3 baskischen Militanten des Gefängnisses, die sich dem rotierenden Hungerstreik anschlossen, der von ihrem Kollektiv seit November 1999 durchgeführt wird. Im Juni wussten sie gemeinsam den Fall des Knastes Khiam im Südlibanon zu feiern. Am 28. September solidarisierten sie sich mit einer 3-tägigen Verweigerung des Knastessens mit dem Kampf von Eric Minetto; an diesem Datum hatte Eric 20 Jahre, Tag für Tag, abgesessen und begann einen Hungerstreik, nachdem sein wohlbegründeter Antrag auf vorzeitige Haftentlassung auf Bewährung zum 4. Mal innerhalb von 5 Jahren abgelehnt wurde. Und dies sind nur 3 besondere Momente eines Widerstandes, der sich im Laufe der Monate entwickelt hat, gegen die langsame Vernichtung der Gefangenschaft ohne Ende.

In der Woche, die diesen disziplinarischen Verlegungen vorausging, traten die mobilen Einsatzkräfte an 2 aufeinanderfolgenden Abenden in Aktion, indem sie mit MGs und Schlagstöcken aufmarschierten.

Heute ist Jean-Marc wieder in der Isolationsabteilung (QI) von Fresnes und die 5 anderen werden in verschiedenen Strafanstalten gelandet sein, vermutlich ebenfalls in den Isolationsabteilungen. Auf Anfrage zu dieser Maßnahme erlaubt sich die Chancellerie, vom „schlechten Einfluss auf sei-

ne Genossen" zu sprechen. Nach den Kriterien der Gefängnisadministration sind es in der Tat schlechte Einflüsse, die die Gefangenen dazu bringen, sich ihrer Möglichkeiten des Widerstandes bewusst zu werden. Also sondert man die bösen Rädelsführer aus und das Problem wird als verschwunden betrachtet.

Verschwunden die Knastrealität, wo alles, was lebenswichtig ist, selten ist, verhindert wird, in ein Objekt der Erpressung verwandelt wird? Verschwunden die Verzweiflung und das Leid, die Akte des Widerstands der lebendig Eingemauerten? Verschwunden die wachsende Zahl von Gefangenen, die mehr als 20 Jahre sitzen? Verschwunden die Strafen der Eliminierung, Lebenslänglich, Anhäufung von Strafen, die nicht zusammengezogen werden, Strafen ohne Möglichkeit der Strafmilderung? Verschwunden „das langsamen Morden durch tausend tägliche Tode", das diese Strafen bedeuten?

Auf jeden Fall glaubt die Gefängnisadministration eine Lösung zu haben: Ihre Kammern der weißen Folter. Jean-Marc hat dort bereits 7 Jahre verbracht. Er muss dort raus. Sofort.

Heute, am 4.12., beginnt Nathalie Ménigon mit einer Verweigerung des Knastessens. Am 11. Dezember wird sie von Joëlle Aubron abgelöst.

Verschiedene Kämpfe und Situationen innerhalb der Knastmauern erfordern ebenso unsere Solidarität.

Vom 27. November bis 3. Dezember hat sic Edurne Sanchez del Arco, baskische Militante, inhaftiert in Bapaume, ebenso mit einer Verweigerung des Knastessens mit ihren in Fresnes inhaftierten Genossen solidarisiert. Um gegen die Politik der Zerstreuung und gegen Kommunikationsverbote unter ihnen zu protestieren, haben einige dort gefordert, in den Bunker gebracht zu werden. Andere in La Santé, Fleury, Villepinte, Lannemezan, Toul ...handeln auf verschiedene Weisen, um gegen diese Politik der Isolation zu kämpfen.

Seit dem 30. September wechseln sich Militante der bretonischen Befreiungsbewegung in einem Hungerstreik ab, für die Zusammenlegung und andere Rechte, die mit ihrer Realität als politische Gefangene verbunden sind.

Am 16. November haben die korsischen politischen Gefangenen, die in La Santé inhaftiert sind, einen unbefristeten Hungerstreik für ihre Zusammenlegung und Rückführung nach Korsika begonnen.

Von einem Kollektiv der Militanten zum anderen, die Forderungen überschneiden sich. Die Politik der Zerstreuung, die Isolation dieses oder jenen Militanten von seinen Genossen, die Anwendung der weißen Folter durch die Totalisolation, um diesen oder jenen zu zerstören, sind alles Ausdrücke ein und derselben staatlichen Logik. Besiegelt im Herzen der Repression, die Kriminalisierung oder Negierung der politischen Natur der Konflikte. Gegen diese Logik fordern wir:

- die Schließung der Isolationsabteilungen
- die politische Zusammenlegung
- das Ende der Politik der Zerstreuung und die Verlegung der Kollektive der baskischen, bretonischen und korsischen Gefangenen in die Nähe ihrer Herkunftsländer
- die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen

Joëlle Aubron und Nathalie Ménigon, politische Gefangene aus Action Directe, 4.12.2000

Spanien

Repression gegen zwei AnarchistInnen im Zusammenhang mit Bombenanschlägen

Am 9. November 2000 wurden die beiden AnarchistInnen EDUARDO GARCIA MACIAS und ESTEFANIA MAURETE DIAZ verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, insgesamt 7 Briefbomben an faschistische Tageszeitungen verschickt zu haben. Diese Bomben waren zwischen April und Juli 2000 verschickt worden und enthielten ein BekennerInnenschreiben einer Gruppe namens „Los Anarquistas". Keine der 7 Briefbomben ist explodiert. Es kam anschließend an diese beiden Verhaftungen zu weiteren Hausdurchsuchungen, für die allerdings kein richterlicher Bescheid vorlag.

In der Zwischenzeit wurde Eduardo gegen Kaution freigelassen, um kurze Zeit später erneut verhaftet und interniert zu werden. Dies geschah auf Verlangen von MinisterInnen, StaatsanwaeltInnen, RichterInnen und PolizistInnen. Er befindet sich derzeit im Knast von Soto del Real und wird des Terrorismus, der Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande und des versuchten Mordes angeklagt. Eduardo ist auch Mitglied von Anarchist Black Cross (ABC), und aus diesem Grunde ist jetzt auch ABC in die Schusslinie des spanischen Staates geraten. Estefania hingegen wurde ohne Kaution auf freien Fuß gesetzt, befindet sich derzeit aber in einem schlechtem Zustand, bedingt durch die Verhaftung. Die Anklage gegen sie wurde allerdings zurückgezogen. Der Hauptgrund ihrer Festnahme ist, dass sie die Partnerin des gefangenen Santiago Cobos ist.

Das einzige Vergehen, welches die beiden Angeklagten getätigt haben, ist, dass sie ihre Solidarität mit den politischen Gefangenen gezeigt haben, und zwar indem sie die Verletzungen der Menschenrechte in den spanischen Hochsicherheitsknästen FIES aufgezeigt haben. Keine einzige Tageszeitung hat die Polizeiberichte auch nur ein wenig kritisch betrachtet, sondern deren Lügen von einem großen Schlag gegen die Terrorszene unhinterfragt übernommen. Dabei kennen sich die beiden AktivistInnen fast gar nicht, sollen aber dennoch zur gleichen anarchistischen „Zelle" gehören.

Bereits im April 2000 haben der spanische Staat und die bürgerlichen und faschistischen Medien versucht, diese Anschläge in Verbindung mit der ETA zu setzen. Dies haben die „Los Anarquistas" in einem Schreiben an die Öffentlichkeit weit von sich gewiesen, sie hätten weder etwas mit der ETA noch ihrem „sozialen Umfeld" zu tun, sondern es gehe ihnen darum, die Zustände in den spanischen Knästen aufzuzeigen und für die Befreiung der politischen Gefangenen einzutreten. Der Versuch, die anarchistische Bewegung mit der ETA in Verbindung zu bringen, hat mittlerweile in Spanien schon fast Tradition. Auf diese Weise erhofft sich der Staat, aber auch die FaschistInnen zwei Fliegen mit einer Klatsche erledigen zu können, besonders in der derzeitigen Situation, wo die ETA in ganz Spanien in Missgunst geraten ist und das Verlangen nach einem starken Staat eminent groß ist.

SCHLUß MIT DEM STAATSTERRORISMUS GEGEN ANARCHIST/INNEN!!!

Eduardo Garcia Macias, C.P. Soto del Real, C.ra comarcal 61, 28791 Madrid, Spanien

Text verfasst und verbreitet von Anarchist Black Cross Innsbruck: LOM, Postlagernd, 6024 Innsbruck, Austria

Mexiko

Cerro Hueco Hungerstreik zum 1.12.00

Die politischen Gefangenen der Stimme von Cerro Hueco im Staat von Chiapas und Tacotalpa, Tabasco, möchten ihren HUNGERSTREIK, der am 28. November proklamiert wurde, bekannt geben.

Wir bitten euch um euer Verständnis und eure Unterstützung. Wir bitten euch um eure Solidarität ... Protestiert gegen die Unterdrückung der Indigenas in Chiapas, die gegen despotische, korrupte und repressive Regierungen um ihr Überleben kämpfen, wie die von Roberto Albores Guillén und Ernesto Zedillo Ponce de Leon. Diese [Albores und Zedillo] sind nur darauf aus, sich selbst auf Kosten der Interessen anderer Leute zu bereichern, und jene, die für die Interessen der Leute kämpfen ins Gefängnis zu werfen.

Chiapas ist noch am Leben, und wir senden unsere wärmsten Grüße an all die sozialen Kämpfer auf der ganzen Welt, auf dass sie nicht in ihrem Wunsch nachlassen mögen, die Menschen von Unterdrückung, Marginalisierungund Korruption zu befreien.

Für eine Freiheit mit Gerechtigkeit und Würde

Die Stimme von Cerro Hueco Repräsentanten: Armando Jiménez Pérez; Ricardo García Hernández; Francisco Díaz Díaz; Gustavo Estrada Gómez

Argentinien

Über 100 Tage Hungerstreik! Dringender Appell

Ein Brief von Libertad!

Libertad!
Yorckstraße 59, 10965 Berlin
Tel 0049 30 788999-01, Fax -02
mail: berlin@libertad.de
www.libertad.de

Berlin, 7. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, Verteidigerinnen und Verteidiger der Menschenrechte,

Wir bitten Sie an einem eiligen Protest teilzunehmen.

In Argentinien befinden sich 12 politische Gefangene nunmehr seit dem 5. September diesen Jahres in einem Hungerstreik. Diese Frauen und Männer stehen heute nach 95 Tagen ohne Nahrung an der Schwelle des Todes. Miguel Aguirre, einer der Hungerstreikenden, fiel vorgestern ins Koma.

Die Hungerstreikenden fordern von der argentinischen Regierung nichts weiter als die Umsetzung der Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission: ein faires Gerichtsverfahren sowie die Überprüfung der schweren Menschenrechtsverstöße bei ihrer Festnahme im Jahre 1989.

Diese Forderung wird unterstützt von allen argentinischen Menschenrechtsorganisationen, amnesty international sowie einer von dem Literaturnobelpreisträger José Saramago angeführten Koalition namhafter Intellektueller, Kirchenvertreter und SchrifstellerInnen aus aller Welt.

Aus Deutschland haben sich unter anderem Günther Grass und Oscar Lafontaine an den argentinischen Präsidenten mit der Bitte gewandt, den Forderungen der Gefangenen zu entsprechen.

Der argentinische Präsident Fernando de la Rúa hatte bereits bei seinem Regierungsantritt öffentlich versprochen, die Forderungen zu erfüllen. Zuletzt sicherte er am 1. Dezember 2000 gegenüber dem Vorsitzenden der Interameramerikanischen Menschenrechtskommission zu, deren Empfehlungen umzusetzen. Aber während die Ärzte der Hungerstreikenden Tag für Tag den Ausfall weiterer lebenswichtiger Organe diagnostizieren, handelt die Regierung nicht.

Die Zeit drängt!

Bitte schließen Sie sich unserem Protest an.

Bitte unterzeichnen sie beiliegende Protesterklärung. (...)

Ihr Hans Peter Kartenberg

Bitte unterzeichnen Sie:

„Gerechtigkeit für die Gefangenen von La Tablada –
Dringender Appell an den Botschafter der Republik Argentinien in Deutschland

Sehr geehrter Botschafter der Republik Argentinien in Deutschland,

wir wenden uns an Sie in Sorge um das Leben der hungerstreikenden politischen Gefangenen in ihrem Land. Diese zwölf Gefangenen stehen nach drei Monaten ohne Nahrung an der Schwelle des Todes. An ihrer Entschlossenheit kann heute niemand mehr zweifeln. Die Lage ist ernst!

Die Gefangenen fordern die Umsetzung der Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten. Der Präsident der Republik Argentinien, Herr Fernando de la Rúa, hat die Verpflichtung zur Umsetzung dieser Empfehlung mehrfach und zuletzt am 29. November betont. Anerkannte internationale Persönlichkeiten und Organisationen haben eindringlich an Ihre Regierung appelliert, diese Verpflichtung umzusetzen. An der Berechtigung der erhobenen Forderungen besteht kein Zweifel. Warum also handelt die Regierung nicht?

Sehr geehrter Botschafter,

bei allem Respekt: Es ist ein Skandal, dass in Ihrem Land Menschen sich gezwungen sehen, ihr Leben einzusetzen und ihre Gesundheit zu opfern, um das international verbriefte Recht eines fairen Gerichtsverfahrens zu erlangen.

Wir, die Unterzeichnenden, appellieren eindringlich an Sie: Das Leben der zwölf Gefangenen liegt in der Hand Ihrer Regierung. Handeln Sie! Sofort! Bevor es zu spät ist!

In ernster Sorge,

Hans Peter Kartenberg (Libertad!) sowie: Karin Hopfmann (MdA, PDS), Werner Ruf (Universitätsprofessor, Kassel), Elmar Altvater (Universitätsprofessor, Freie Universität Berlin, Präsident der Fondazione Internazional Lelio Basso per i diritti dei popoli), Friederike, Dagmar und Ernst Tremel, Fred und Gretel Bruhn, Antirassistische Initiative (Berlin), Gegeninformationsbüro (Berlin), kein mensch ist illegal (Wuppertal), Tina Goethe (Informationszentrum 3. Welt iz3w Freiburg), Ernst-Ludwig Iskenius (Arzt, VS-Villingen), Martin Glasenapp (medico international), Hans Branscheidt (medico international)"

Bitte senden Sie uns Ihre Unterstützung zügig an:
Libertad!, Fax 030 78899902 oder Mail berlin@libertad.de

Ein Interview in der jungen Welt

Wie den Tablada-Gefangenen helfen?
jW fragte Hans Peter Kartenberg, Sprecher der Gefangenenhilfsorganisation Libertad

Vertreter der Gefangenenhilfsorganisation Libertad und der katholischen Organisation Pax Christi übergaben dem argentinischen Botschaftssekretär am Montag (11.12.) in Berlin eine Protesterklärung.

Am gestrigen Montag sind Sie in der Sache der Gefangenen im argentinischen La Tablada mit dem Botschaftsrat Argentiniens in Berlin zusammengekommen. Wie verlief das Gespräch?

Der Botschaftsrat, Maximilian Gregorio Cernades, hat uns empfangen, und wir hatten dann ein halbstündiges Gespräch über die Sache. An dem Gespräch nahmen auch eine Vertreterin und ein Vertreter der Organisation Libertad und ein Vertreter der Organisation Pax Christi im Erzbistum Berlin teil. Wir haben dem Botschaftsrat unsere große Sorge um die hungerstreikenden Gefangenen von Tablada mitgeteilt. Die zwölf Gefangenen sind jetzt in den 97. Tag des Hungerstreikes eingetreten. Es geht ihnen sehr, sehr schlecht, einer liegt bereits in Koma.

Der Botschaftsrat wusste um diese Situation. Er hatte also vorab mit der Regierung Kontakt gehabt und hatte auch ein Schreiben vorliegen, aus dem die Lage der Gefangenen hervorging. Das Problem hat er durchaus auch gesehen. Er erklärte, dass die Regierung bereit sei, eine Lösung zu suchen und die Empfehlung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission umzusetzen. Das hieße, das Verfahren gegen die Gefangenen wird neu aufgerollt.

Wie lautet die Anklage?

Die Gefangenen gehören zu einer Gruppe, die 1989 den Armeestützpunkt La Tablada besetzte, weil die Befürchtung bestand, dass von dort ein Militärputsch organisiert wird. Schließlich hatte das Land seit 1983 schon vier Putschversuche erlebt. Bei der Erstürmung wurden 28 Besetzer getötet und 22 verhaftet. Neun von ihnen verschwanden später, die sterblichen Überreste von dreien wurden erst im August aus einem anonymen Grab geborgen.

Präsident Fernando de la Rúa hat bei seinem Amtsantritt versprochen, die Forderungen zu erfüllen und die Verfahren neu aufzurollen. Wieso ist bis heute nichts geschehen?

Das ist strittig. Es trifft zu, das hat uns auch der Botschaftsrat erläutert, dass die Regierung auf politischer Ebene eine Initiative gestartet hat. Ein Gesetzesvorschlag wurde schon am 3. August dieses Jahres ins Parlament eingebracht, so wie es den Gefangenen versprochen wurde. Seitdem sind verschiedene Parlamentsdebatten ergebnislos zu Ende gegangen. Nach 97 Tagen Hungerstreik kann man sagen, dass - auch wenn ein politischer Wille vorhanden sein könnte - eine Lösung hinausgezögert wird. Unterdessen geht es den Gefangenen immer schlechter. Sie drohen für etwas zu sterben, was ihnen die Regierung längst versprochen hat.

An welchen Gruppen im Parlament scheitert es denn?
Vor allem an der Opposition, also an den Anhängern des ehemaligen Präsidenten Carlos Menem. Sie unterhalten eine enge Beziehung zu den verbliebenen Generälen der Diktatur, es sind sozusagen ihre Protegés. Aber auch Abgeordnete der Regierungskoalition haben sich einer Initiative offen verweigert oder sind den Abstimmungen ferngeblieben. Dadurch fehlten Stimmen für eine Mehrheit.

Der Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie ist also noch nicht vollendet.
Es ist auf jeden Fall so, dass es sozusagen von einigen politischen Parteien und Fraktionen auch im Parlament eine Art totalitaristische Auffassung gibt. Sie handeln nach dem Motto »Wenn die roten Verbrecher freikommen, dann sollen auch die noch einsitzenden Putsch-Generäle freikommen«. Die Regierung ist nicht bereit, den politischen Preis zu tragen und ungeachtet dieser Differenzen eine klare Entscheidung zu treffen, so wie sie es eigentlich versprochen hat.

Der gestern übergebenen Protesterklärung haben sich auch namhafte Persönlichkeiten angeschlossen, unter ihnen von deutscher Seite Günter Grass und Oskar Lafontaine. Was aber passiert in Argentinien selbst?
Es gibt ja sehr viele Menschenrechtsorganisationen, auch Prominente, unter anderem die Mütter von der Plaza de Mayo oder der Nobelpreisträger Adolfo Peres Esquivil. Und alle, ausnahmslos alle setzen sich für die Sache dieser Gefangenen ein, vor allem auch Intellektuelle, Schriftsteller und bekannte Persönlichkeiten wie die Sängerin Mercedes Sosa. Sie gehen fast wöchentlich zum Sitz des Präsidenten, um sich für die Forderungen der Gefangenen einzusetzen. Das findet in der Öffentlichkeit Gehör, aber bei den Verantwortlichen stößt es auf taube Ohren.

Würde es Sinn machen, die deutsche Vertretung in Buenos Aires zu bemühen?
Das ist natürlich ein weiterer Schritt, den wir gehen werden. Wir hoffen, dass auch von dieser Seite etwas passiert. Trotzdem kann man nicht davon ausgehen, dass sich die deutsche Vertretung für die argentinischen Gefangenen besonders engagieren wird. Das war in der Vergangenheit nicht so, solange keine deutschen Staatsbürger betroffen waren. Hier wird sehr schnell mit einer vermeintlichen Einmischung in innere Angelegenheiten argumentiert. Das weisen wir natürlich zurück, weil Menschenrechte keine innere Angelegenheit sind. Zumal es eine sehr breite internationale Koalition von namhaften Persönlichkeiten, amnesty international, Nobelpreisträgern und anderen Organisationen gibt, die nun diesen wirklich noch sehr vorsichtig formulierten Appell unterzeichnet haben. Da ist so eine Haltung wirklich unangebracht.

Interview: Harald Neuber. Aus: jungeWelt vom 12.12.

Mumia Abu-Jamal

Erklärung der US-Kongress-abgeordneten Maxine Waters (Calif.)

11. Dezember 2000
Generalbundesstaatsanwältin Janet Reno
US Department of Justice, 950 Pennsylvania Ave. NW, Washington, DC 20530

Sehr geehrte Bundesstaatsanwältin Reno:

Seit fast zwanzig Jahren sitzt Mumia Abu-Jamal im Todestrakt im Bundesstaat Pennsylvania. Vor, während und nach seinem höchst umstrittenen Verfahren wurde Mumia Ziel einer Strafverfolgungsbehörde, die nicht davon zurückschreckt, ihn seiner fundamentalen Bürgerrechte zu berauben.

Ihrem Büro wurde im Januar dieses Jahres die Dokumentation dieser Vergehen von einer internationalen Delegation zugeleitet, die ein faires und gerechtes Verfahren für Herrn Abu-Jamal verlangt. Hochrangige Vertreter Ihrer Behörde nahmen die Dokumenten entgegen, erkannten die Ernsthaftigkeit der Thematik an und versprachen eine eindeutige Antwort innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens.

Die um einige neue Mitglieder erweiterte Delegation, die eine informierte internationale Gemeinschaft von Parlamentariern, Gewerkschaftlern, Studenten, religiösen Organisationen und anderen vertritt, wird beim Justizministerium wieder vorstellig und wird heute, am 11. Dezember 2000, mit einigen stellvertretenden Bundesstaatsanwälten zusammenkommen mit der Absicht, Rechtshilfe für Mumia Abu-Jamal zu erreichen und zu erreichen, dass Sie Ihre weitgefasste Handlungsmacht ausüben, in diesem Falle zu intervenieren. Ich unterstütze dieses Anliegen voll und ganz.

Neuere Untersuchungen Ihres Ministeriums, von Forschungsinstitutionen und einiger akademischen Institutionen folgern, dass die Todesstrafe in den Vereinigten Staaten auf bundesstaatlicher und Bundesebene systematisch gegen Arme und Nicht-Weiße angewendet wird. Die Untersuchungen entlarvten auch ein Strafverfolgungssystem, das in Mordfällen durchzogen ist von unakzeptabel hohen Fehlerquoten, die dazu führten, dass Urteile aufgehoben oder Verfahren an niedrigere Gerichte zurückverwiesen wurden oder zu Freilassung in zwei von drei Fällen führen. Herr Abu-Jamals Fall weist alle Anzeichen der in diesen Untersuchungen festgestellten Fehler auf, inklusive er vom Justizministerium durchgeführten Untersuchung.

Ihre Behörde trägt eine große Verantwortung, sicherzustellen, dass Gerechtigkeit das einzige Ziel des Strafsystems ist. Mumia Abu-Jamals Fall verlangt eine hoch streitbare Verteidigung der Prinzipien der US-Verfassung. Das garantierte Recht auf ein faires Verfahren ist eins dieser Prinzipien und ist unerlässlich für das Wohlergehen unseres Landes.

Herr Abu-Jamal wurde nicht die Behandlung zuteil, die eine unparteiische, objektive Beurteilung der Beweise verlangt.

Ich bitte Sie dringend, sofort die Maßnahmen zu ergreifen, die Herrn Abu-Jamal den Zugang zu allen durch die Verfassung vorgesehenen Sicherungen gegen den illegalen Verlust von Leben oder Freiheit erlauben.
Hochachtungsvoll,
Maxine Waters, Mitglied des Kongresses

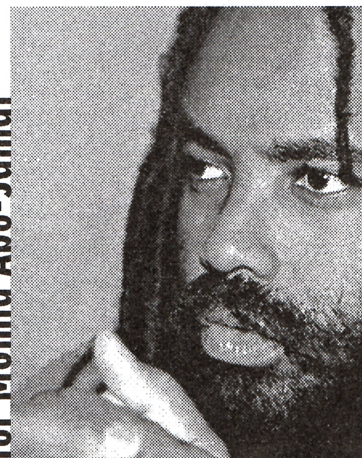
Philadelphia

Mumia-Aktivist zu Haftstrafe verurteilt!

Am 6.12.00 wurde der politischer Aktivist C. Clark Kissinger, einer der führenden Leute in der Internationalen Bewegung die Hinrichtung Mumia Abu-Jamals zu stoppen, in Handschellen während seiner Anhörung aus dem Gerichtssaal abgeführt, um eine 90-tägige Haftstrafe in einem Gefängnis in Philadelphia abzusitzen. Der Richter hat außerdem festgelegt, daß Kissingers einjährige Bewährungsstrafe wieder in Kraft tritt, sobald er seine Haftstrafe abgesessen hat. Er wurde verurteilt von Arnold Rapoport, Magistrat des Bundesrichters im Bezirk Ost Pennsylvania. .... Kissinger ist für seine Arbeit bekannt, immer breitere Teile der Gesellschaft in die Bewegung Mumias Leben zu retten zusammenzubringen und für seine schlagkräftigen und klaren Aussagen gegen die Bemühungen der Regierung, diesen politischen Gefangenen zu töten.

Die Entscheidung vom 6.12.00 hat keinen Präzedenzfall, sie ist getroffen worden, um die Bewegung für Mumia zu bremsen. Mit dieser Entscheidung zeigt die Regierung auch, wie weit sie in ihrem Bemühen Mumia hinzurichten gehen wird.

Für sofortige Freilassung schickt Protestfaxe an: Richter Arnold C. Rapoport tel.:001-610-776-0369, fax:001-610-776-0379



Freiheit und Gerechtigkeit für Mumia Abu-Jamal

Kanada

Belastungszeugin im Leonard-Peltier-Prozess zieht ihre Aussage nach 25 Jahren zurück

In ihrer ersten öffentlichen Erklärung zum Fall sagte Frau Poor Bear aus, dass sie eingewilligt habe, Herrn Peltier bezüglich der Erschießung zweier FBI-Agenten in Nord-Dakota 1975 zu belasten, nachdem sie monatelang von anderen FBI-Agenten schikaniert wurde. „Sie sagten mir, dass sie mir mein Kind wegnehmen würden, dass sie mir eine Anklage wegen Verschwörung anhängen würden und ich eine 15-jährige Gefängnisstrafe bekommen könnte, falls ich nicht kooperiere. Sie sagten, sie hätten Zeugen, die bezeugen könnte, dass ich am Tatort war."

Die 48-Jährige sagte, dass ihre Aussage, sie sei die Freundin von Herrn Peltier und hätte gesehen, wie er die Agenten erschoss, völlig falsch ist. Sie erklärte, Herrn Peltier nie begegnet zu sein und dass sie zur Tatzeit 80 Kilometer entfernt war.

Die Anhörung, die abgehalten wurde, um



Frau Poor Bears Aussage zu dokumentieren, fand unter den Vorsitz des ehemaligen Berufungsrichter Fred Kaufman statt, der die Leitung einiger hoch brisanten Untersuchungen innehatte. Scott Fenton, ein ehemaliger Bundesstaatsanwalt, und Michael Code, ein ehemaliger stellvertretende Generalstaatsanwalt in Toronto war, stellten die Fragen...

Das Leonard-Peltier-Verteidigungskomitee beabsichtigt, sowohl Premierminister Jean Chretien wie auch US-Präsident Bill Clinton die Anhörungsbeweise vorzulegen, um sie zu überzeugen, dass die Auslieferung Peltier durch Betrug erreicht wurde ...

„Es ist ein klarer Fall von Beweismanipulation seitens der US-Regierung. Wir hoffen, dass Kanada diplomatischen Druck ausüben wird, weil Präsident Clinton ist der einzige Person, die jetzt was machen kann",



sagte Professor Martin.

Frau Poor Bear sagte aus, dass einige Wochen nach der Schießerei FBI-Agenten bei ihr auf der Arbeit auf tauchten ..., dass sie sie zu weit entfernten Orten, manchmal in anderen Bundesländern, führten, wo sie tage- und auch wochenlang festgehalten wurde ...

Ihr wurde irgendwann gesagt, dass sich auf der Reservation ein Gerücht verbreite, sie sei eine Informanten des FBI, und dass ohne ihren Schutz die American Indian Movement sie als Verräterin töten würde. Frau Poor Bear sagte aus, dass sie ihr Autopsiebilder der ermordeten Indigenen-Aktivisten aus Nova Scotia, Anna Mae Quash, zeigten ... „Sie bedrohten mich jeden Tag. Ich erinnere mich, dass sie irgendwann die Autopsiebilder Anne Mae an die Wand des Hotelzimmers aufhingen. Ich willigte ein, das zu machen, was sie von mir wollten."

In ihrer ersten Aussage hatte Frau Poor Bear erklärt, dass sie vom Tatort weit entfernt war, dass aber „ihr Freund", Herr Peltier, den Mord einige Tage später gebeichtet habe.

Die kanadische Behörde aber bekam diese Aussage nicht zu Gesicht bis nach der Genehmigung der Auslieferungsantrag. Stattdessen bekam sie für den Auslieferungsprozess zwei andere Aussagen, in denen Frau Poor Bear behauptete, Zeugin der Erschießung gewesen zu sein. 1977 strich der zuständige Staatsanwalt im Peltier-Mordprozess Frau Poor Bear von der Zeugenliste mit der Behauptung sie sei psychisch krank und unglaubwürdig.

Elaine Poor Bear-Martinez, die Schwester Frau Poor Bears, sagte in der Anhörung aus, dass sie sich erinnert, dass Frau Poor Bear am jenem Tag zu Hause war und Wäsche gewaschen hatte.

Frau Poor Bear erzählte, dass der Vorfall ihr ganzes Leben zerstört hat. „Ich bin in ständiger Angst um mein Leben, nicht nur um meines, sondern auch das meiner Familie. Weinend erklärte sie, „ich bete für Leonard jeden Tag. Ich will genauso, dass er freikommt, wie Sie alle wollen, dass er freikommt.

Ich hätte wahrscheinlich meinen Frieden, wenn ich wüsste, dass er aus dem Gefängnis raus ist."

Kirk Makin, Justice Reporter, Toronto, The Globe & Mail – Saturday, 11 November, 2000 (SPG)

Amnesty International fordert Clinton auf, Leonard Peltier zu begnadigen

In einem jetzt abgeschickten Brief fordert Amnesty International Präsident Clinton auf, während der letzten wenigen Monaten seiner Amtszeit einen Gefangenen freizulassen, dessen Schuld seit langem infrage gestellt wird. „Da alle Leonard Peltiers Berufungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, sind wir der festen Überzeugung, dass eine Begnadigung nicht nur angebracht, aber auch ein notwendiger Schritt im Namen der Gerechtigkeit", sagte Pierre Sané, Generalsekretär von Amnesty International.

Amnesty International ist der Meinung, dass die Beweise, dass Peltier die beiden FBI-Agenten erschoss, bei weitem nicht überzeugend sind. Eins der Hauptanliegen von ai ist, dass seine Auslieferung aus Kanada auf Grund der Aussage einer angeblichen Augenzeugin erfolgte, die vom FBI unter Druck gesetzt wurde, um falsch auszusagen. (...)

Amnesty Internation hat mehrfach ernsthafte Bedenken über die Fairness der juristischen Verfahren, welche mit einer Schuldfeststellung und Verurteilung Peltiers endete und ist der Meinung, dass politische Faktoren mögen die Art der Verhandlungsführungen beeinflusst haben. (...)

Im Juni 2000 wohnte Amnesty International der Interimstrafaussetzungsanhörung bei, wo die Strafaussetzungskommission ihre Entscheidung von 1993 bestätigt, dass die nächste Strafaussetzungsanhörung im Jahr 2008 stattfinden soll.

Für weitere Information rufen Sie das Pressebüro Amnesty Internationals an
Fon +44 20 7413 5566, Amnesty International, 1 Easton St., London WC1X 0DW-web : *http://www.amnesty.org*

Leonard Peltier Defense Committee
PO Box 583
Lawrence, KS 66044
785-842-5774
www.freepeltier.org

Fordere Leonards Begnadigung:
President William J. Clinton
1600 Pennsylvania Ave. NW
Washington DC 20500
Tel: 001-202-456-1111
Fax 001 202 456 2461
Email: President@whitehouse.gov
Kostenlos faxen:
http://www.globalexchange.org/campaigns/usa/peltier/getInvolved.html
Bei Übernahme des Musterfaxes: „this country" in der 4. Zeile durch „Germany" ersetzen. *(SPG)*

US-Gericht erkennt den ‚Aufstand' indigener Menschen in Britisch Columbia, Kanada, an.

Ein Bundesgericht in den USA hat sich geweigert, einen kanadischen Flüchtling, der an einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der kanadischen Polizei (RCMP) bei Gustafsen Lake in British Columbia teilgenommen hatte, auszuliefern, weil „er an einem Aufstand indigener Menschen mit politischen und religiösen Motiven teilgenommen hatte". Kanada ersuchte die Auslieferung von James Pitawanakwat, der am 20. Juni im Bundesstaat Oregon verhaftet wurde wegen der Nicht-Einhaltung von Bewährungsauflagen infolge des Vorfalls am Gustafen Lake.

„In ihrem Stammgebiet revoltierte eine organisierte Gruppe indigener Menschen gegen die Okkupation ihres heiligen und nicht-abgetretenen Landes durch die kanadischen Regierung", schrieb Richterin Janice Stewart in ihrer 30-seitigen Begründung, die Kanada wegen seiner Behandlung indigener politischen Bewegungen anprangert.

Zum wahrscheinlich ersten Mal hat sich ein US-Gericht geweigert, einen indigenen Flüchtling aus politischen Gründen an Kanada auszuliefern. Der Konflikt am Gustafen Lake, etwa 400 Kilometer nordöstlich von Vancouver, entzündet sich im Sommer 1995, als eine Gruppe indigener Kanadier und ihre Unterstützer Teil einer privaten Ranch besetzten mit der Begründung, es sei heiliges Land und gehöre nicht zur Ranch.

Tausende von Schüsse wurden während der Besetzung abgefeuert, als sich die „Ts'peten Defenders" und etwa 400 Polizisten der RCMP gegenüberstanden. Der Konflikt kostete fast $5,5 Millionen, und mindestens 17 Menschen wurden verhaftet. Während der Auseinandersetzung feuerte Herrn Pitawanakwat sein Gewehr auf einen in der Luft fliegenden Polizeihubschrauber und trug einen AK-47 Angriffsgewehr bei sich, als er mit dem Auto fuhr. 1997 wurde er zu vier Jahren Haft verurteil.

Nach einem Jahr wurde er auf Bewährung freigelassen und floh in die Vereinigten Staaten, wo er verhaftet wurde. Kanada ersuchte seine Auslieferung. Herr Pitawanakwat focht die Auslieferung mit der Begründung an, dass „er an einem Aufstand indigener Menschen mit politischen und religiösen Motiven teilgenommen hatte".

Das Gericht untersuchte zivilen Auseinandersetzungen in Nahen Osten, El Salvador, Cuba und Nordirland und den politischen und historischen juristischen Kontext seiner Begründung. Richterin Stewart sagte, dass „man Kanada kaum als ein ungerechtes oder repressives Land bezeichnen kann, in dem Angeklagten unfairen Verfahren oder Strafen wegen politischer Meinungen ausgesetzt sind". Aber, fügte sie hinzu, „das Auslieferungsabkommen enthält jedoch einen Ausnahmeklauseln bei politischer Taten und die Angeklagten haben das Recht sich darauf zu berufen."

In ihrer Begründung sagte Richterin Stewart, dass Gustafen Lake aus der Sicht Herrn Pitawanakwats nicht nur Teil eines Kampfes der indigenen Menschen seit dem europäischen Kolonialismus 1492, „sondern auch Teil eines größeren Aufstandes indigener Menschen im Sommer 1995 war, die die Souveränität über ihr eigenes nicht-abgetretenes Land" erlangen wollten.

Sie erwähnte die gespannte Lage in Ipperwash, Ontario, und in Bella Coola, B.C.

Die Richterin erklärte, dass sie mit der Feststellung des US-Außenministeriums, dass es keine „Revolution oder Rebellion in Kanada 1995" habe feststellen können, nicht einverstanden sei. Sie stellte fest, dass in Gustafsen Lake „indigene Menschen, die in ihrem Land gegen die Regierung jenes Landes aufstanden, involviert waren", und dass der „Protest der Ts'peten Defenders vorwiegend gegen die kanadische Regierung ... und ihre militärischen Kräften gerichtet war." (...)

Richterin Stewart griff Kanada mächtig an, als sie in ihrer Urteilsbegründung den Fall Leonard Peltier ausgrub ..., der nach Kanada floh, nachdem er des Mordes an zwei FBI-Agenten in Süd-Dakota in 1975 angeklagt wurde. Das kanadische Gericht hatten entschieden, dass Peltier an die Vereinigten Staaten ausgeliefert wurde, hauptsächlich aufgrund von Aussagen, die sich im Nachhinein als falsch erwiesen, schrieb Richterin Stewart und merkte an, dass der kanadische Justizminister Peltiers Antrag auf politischen Asyl ablehnte. „Dieses Gericht kann leider nicht feststellen, warum Kanada sich entschied, die Klauseln für politische Taten nicht anzuwenden.

(...) Sie stellte fest, dass die Natives bei Gustafsen Lake „versuchten, ihre politische Beziehung zu der kanadischen Regierung zu verändern durch die Wiedererlangen der Selbstregierung über ihr Land", und folgerte: „obwohl Kanada die Auslieferung des Angeklagten nur wegen Nicht-Einhaltung von Bewährungsauflagen ersuche, stellt dieses Gericht fest, dass die Straftaten, für die er verurteilt und später auf Bewährung freigelassen wurde, 'politischen Charakter' hätten und daher nicht die Grundlage für eine Auslieferung des Angeklagten nach Kanada bilden dürfen".

Rick Mofina - The Ottawa Citizen (SPG)
http://www.ottawacitizen.com/national/001123/4922258.html

USA

Zolo A. Azania immer noch von Exekution bedroht

Auch wenn die Exekution jetzt aufgehoben wurde (s. letzte Ausgabe des *Angehörigen Infos*), so befindet sich Zolo dennoch keinesfalls außerhalb der staatlichen Schusslinie. Zolo muss nun bis zum 12. Februar 2001 seine Behauptungen vor Gericht beweisen können, angesichts der Komplexität und Schwere dieses Falles eine sehr kurze (Zeit. Die von der Verteidigern an-)gebrachten Beweise und Entlastungsmaterialien beweisen was die Unterstützerinnen von Zolo schon seit Jahren behaupten, nämlich, dass Zolo einzig und alleine wegen seiner politischen Aktivitäten und seinem Einsatz für die Selbstbestimmung der Schwarzen in den USA mit dem Tode bestraft werden soll. Demnach braucht Zolo unsere solidarische Unterstützung jetzt dringender denn je, weil der 12. Februar 2001 für ihn vielleicht die allerletzte Rettung sein kann.

FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT FÜR ZOLO AGONA AZANIA!!!
FÜR DIE ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE!!
(Aus einem Text von ABC)

In eigener Sache

Das OLG Hamburg hat das letzte §90a-Verfahren gegen das Angehörigen Info (es ging um Bad Kleinen und den Tod von Wolfgang Grams) auf Kosten der Staatskasse eingestellt. Damit wurde das Urteil des Landgerichts Hamburg (90 Tagessätze) aufgehoben.

Bitte die neue E-Mail-Adresse beachten: gnn-hhsh@hansenet.de

Das **Angehörigen Info** erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen :** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43188820, Fax : (040) 43188821, email: gnn-hhsh@hansenet.de **Herausgeber :** Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. – Einzelpreis : 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM (Förderabonnement 30,00 DM), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto : Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. Herstellung und Drucklegung : GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 5454194. ***Redaktionsschluss für Nr. 241: So, 7.1.01***